

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
**Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“**

## **Kurzprotokoll**

### **18. Sitzung**

Öffentliche Sitzung

**Berlin, 26.10.2011, 17:00 Uhr**  
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus  
Sitzungssaal: Saal E. 600

**Vorsitz: Markus Grübel, MdB**

- 1 Vorstellung der Ergebnisse der Studie „Jugend in der Zivilgesellschaft“ durch Sibylle Picot
- 2 Gespräch mit Brigitte Döcker (AWO Bundesverband) über die Strategie der Arbeiterwohlfahrt zur Gewinnung junger Menschen für das bürgerschaftliche Engagement am Beispiel der Kampagne „freiwillich! Freiwillig engagiert mit der AWO“
- 3 Gespräch mit Dr. Jens Kreuter (BMFSFJ) und Dieter Hackler (BMFSFJ) über aktuelle Entwicklungen in den Bereichen „Bundesfreiwilligendienst“ bzw. „Freiwilligendienste aller Generationen“
- 4 Aktuelle Gesetzesvorhaben
- 5 Verschiedenes

**Anwesenheitsliste\***

**Mitglieder des Unterausschusses**

Ordentliche Mitglieder

**CDU/CSU**

Norbert Geis  
Markus Grübel  
Katharina Landgraf  
Klaus Riegert  
Dr. Peter Tauber

**SPD**

Ute Kumpf  
Gerold Reichenbach  
Sönke Rix

**FDP**

Florian Bernschneider  
Heinz Golombeck

**DIE LINKE.**

Heidrun Dittrich  
Harald Koch

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Britta Habelmann

Stellvertretende Mitglieder

**CDU/CSU**

Christoph Poland  
Karl Schiewerling  
Johannes Selle  
Christian Freiherr von Stetten  
Dieter Stier

**SPD**

Sabine Bätzing-Lichtenthäler  
Mechthild Rawert  
Stefan Schwartze

**FDP**

Miriam Groß  
Sibylle Laurischk

**DIE LINKE.**

Diana Golze  
Jörn Wunderlich

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Kai Gehring

---

\*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“  
18. Sitzung

---

**Anwesenheitsliste\***

Fraktionsmitarbeiter

---

\*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

**Anwesenheitsliste\***

Bundesregierung

Bundesrat

---

\*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

## **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden zur öffentlichen 18. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“. Zunächst werde man sich unter Tagesordnungspunkt 1 mit den Ergebnissen der Studie „Jugend in der Zivilgesellschaft“ beschäftigen. Hierzu begrüße er die Autorin der Studie, Frau Sibylle Picot, die sich seit vielen Jahren wissenschaftlich mit der Engagement- und Jugendforschung beschäftige und u. a. an den bisherigen drei Freiwilligensurveys und den letzten drei Shell-Jugendstudien mitgewirkt habe. Unter Tagesordnungspunkt 2 werde man die Strategie der Arbeiterwohlfahrt zur Gewinnung junger Menschen für das bürgerschaftliche Engagement am Beispiel der AWO-Kampagne zum Bundesfreiwilligendienst behandeln. Hierzu heiße er das Vorstandsmitglied des AWO-Bundesvorstandes, Frau Brigitte Döcker, herzlich willkommen. Über aktuelle Entwicklungen in den Bereichen „Bundesfreiwilligendienst“ bzw. „Freiwilligendienste aller Generationen“ spreche man anschließend mit Herrn Dr. Kreuter und Herrn Hackler vom BMFSFJ, die er ebenfalls herzlich begrüße. Die Sitzung ende mit dem obligatorischen Tagesordnungspunkt „Aktuelle Gesetzesvorhaben“.

## **Tagesordnungspunkt 1**

### **Vorstellung der Ergebnisse der Studie „Jugend in der Zivilgesellschaft“ durch Sibylle Picot**

Der **Vorsitzende** weist einleitend darauf hin, dass das Thema „Jugendliche und bürgerschaftliches Engagement“ den Unterausschuss insbesondere im Zusammenhang mit den Jugendfreiwilligendiensten schon des Öfteren beschäftigt habe. Das heutige Thema sei jedoch weiter gefasst, da die Studie „Jugend in der Zivilgesellschaft“ die Entwicklung des Engagementverhaltens Jugendlicher insgesamt untersuche. Ein Ergebnis des Hauptberichtes des aktuellen Freiwilligensurveys wirke auf den ersten Blick alarmierend, nämlich, dass das bürgerschaftliche Engagement Jugendlicher – entgegen dem Trend in anderen Altersgruppen – leicht rückläufig sei. Umso gespannter sei man heute auf die Vorstellung der vertiefenden Befunde, die Frau Picot im Rahmen einer Sonderauswertung des 3. Freiwilligensurveys im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erhoben habe. Zum Vortrag von Frau Picot liege auch eine schriftliche Präsentation vor (Anlage 1).

**Sibylle Picot** (Sozialwissenschaftliche Projekte) bedankt sich für die Einladung in den Unterausschuss und skizziert zunächst den soziologischen und politischen Kontext der Studie. Das Szenario sei bestimmt von einer Gesellschaft im demografischen Wandel. Die Knappheit der Ressource „Jugend“ sei sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch in der Zivilgesellschaft längst da. Die Frage, wie man junge Menschen für ein Engagement interessieren und dauerhaft binden könne, gewinne daher an Bedeutung. Blicke man auf die Entwicklung der Zivilgesellschaft im letzten Jahrzehnt zurück, könne man Veränderungen in den Lebenslagen Jugendlicher konstatieren. Dazu zählten z. B. die Verkürzung der Gymnasialzeit, der häufigere ganztägige Schulbesuch, eine strenger regulierte erste Studienphase oder die enorm veränderten Kommunikationsgewohnheiten. Die Frage sei, welche Auswirkungen dies auf das freiwillige Engagement habe.

Freiwilliges Engagement habe sich in allen vorliegenden Untersuchungen als Schichtphänomen herausgeschält. Bei Jugendlichen schlage der Bildungsstatus besonders stark durch, woraus sich eine Reihe weiterer Fragen ergäben: Werde diese Entwicklung eher noch stärker? Sei sie symptomatisch für eine wachsende soziale Spreizung? Gelingen es, Jugendliche mit Migrationshintergrund in die Zivilgesellschaft zu integrieren? Als der Freiwilligensurvey Ende der 1990er Jahre projiziert worden sei, sei noch vom vermeintlichen „Niedergang des Ehrenamts“ und von der Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts gesprochen worden. Davon rede heute kaum noch jemand. Aber gebe es den ebenfalls diskutierten „Strukturwandel des Ehrenamtes“? Von hohem politischen Interesse sei auch die Frage, ob die Bemühungen von Politik und Zivilgesellschaft zur Stärkung des freiwilligen Engagements bei Jugendlichen griffen. Schließlich genieße die Frage nach der Engagementbereitschaft Jugendlicher vor dem Hintergrund der strukturellen Veränderungen im Bereich der Freiwilligendienste besondere Aufmerksamkeit.

Frau Picot fährt fort, sie wolle sich diesen Fragen nun auf Basis der Daten des Freiwilligensurveys nähern. Die wichtigsten Ergebnisse des Hauptberichtes seien ja bereits von Dr. Thomas Gensicke im letzten Jahr im Unterausschuss vorgestellt worden. Für die 14- bis 24-Jährigen sei eine Aufstockung der Stichprobe durch die Bertelsmann Stiftung ermöglicht worden, die sie – in Kooperation mit TNS Infratest Sozialforschung – in einer Sonderauswertung analysiert habe. Die Kurzfassung der Studie sei im Internet abrufbar. Eine ausführliche Langfassung werde Ende des Jahres in Buchform publiziert.

Der Freiwilligensurvey sei durch eine sehr große Stichprobe und ein aufwendiges Fragenkonzept gekennzeichnet. Er unterscheide bekanntlich zwischen bloßer Aktivität einerseits und Engagement andererseits. Dabei werde die Bevölkerung zunächst in Aktive und Nichtaktive unterteilt. Unter Aktiven verstehe der Freiwilligensurvey Menschen, die in Vereinen, Verbänden, Institutionen, Projekten, Initiativen und Gruppen mitmachten, z. B. als Sportler in einem Verein. Engagierte würden darüber hinaus dort freiwillig und unentgeltlich bzw. gegen eine geringe Aufwandsentschädigung zusätzlich Aufgaben übernehmen, die über das reine Mitmachen hinausgingen. Dies könnten Funktionen im Sinne eines Ehrenamtes oder praktische Aufgaben und Arbeiten sein. Bei der ersten Befragung im Jahr 1999 habe sich zur Überraschung vieler herausgestellt, dass Jugendliche nicht nur eine überdurchschnittlich oft aktive, sondern auch eine überdurchschnittlich oft engagierte Bevölkerungsgruppe sei. Die Aktivität Jugendlicher ohne zusätzliches Engagement habe seitdem sogar noch zugenommen. Allerdings sei das freiwillige Engagement der 14- bis 24-Jährigen entgegen dem Trend in anderen Altersgruppen geringfügig zurückgegangen. Besonders starke Zuwächse wiesen die bisher schon stark engagierten mittleren Jahrgänge und ganz besonders die älteren Menschen auf. Durch die angesprochene Abnahme des Engagements Jugendlicher gehörten die 20- bis unter 30-Jährigen nun zu den etwas seltener Engagierten. Diese Bewegung vollziehe sich hauptsächlich im Westen, während im Osten sowohl bei den Aktivitäten als auch beim Engagement eine leichte Zunahme erkennbar sei. Das habe hauptsächlich mit den sich dort zunehmend etablierenden Strukturen des Engagements zu tun und im Westen mit Veränderungen der Lebensumstände im Bereich der Schule, worauf sie später noch eingehen werde.

Am weitaus häufigsten engagierten sich Jugendliche nach wie vor im Sportbereich. Allerdings gehe das Engagement hier und im Freizeitbereich deutlich zurück, während es im Bereich der Kirche und der außerschulischen Jugendarbeit zunehme. Der Bereich Kirche rücke 2009 sogar in der Rangfolge der Tätigkeitsfelder an die zweite Stelle vor. Einen kleinen Zuwachs gebe es auch im Bereich des sozialen Engagements. Die leicht zurückgehende Engagementquote Jugendlicher stehe im Gegensatz zur Entwicklung bei der Engagementbereitschaft, die sogar zugenommen habe. Hier messe man vor allem Stimmungen und die Stimmung pro Engagement habe sich verbessert. Allerdings habe primär die unverbindliche Bereitschaft zum Engagement zugenommen, während die uneingeschränkte Bereitschaft dagegen leicht zurückgegangen sei. Insgesamt sei bei Jugendlichen die Bereitschaft zum Engagement – im Vergleich zur Gesamtbevölkerung – sehr groß. Der gute Wille sei also da. Auch die Bereitschaft der Jugendlichen, die bereits engagiert seien,

sich für interessante neue Aufgaben zu engagieren, habe zugenommen und zwar je jünger sie seien, desto eher.

Mit dieser guten Stimmung könnten die bereits skizzierten Fakten aber nicht mithalten. Das zeige auch ein anderer Frageblock im Freiwilligensurvey. Junge Engagierte verwendeten 2009 weniger Zeit auf ihr Engagement. Die Zeitverwendung werde im Freiwilligensurvey durch drei verschiedene Fragen erfasst. Einmal gehe es um *alle* Tätigkeiten einer Person. Jugendliche übten 2009 im Schnitt 1,6 Tätigkeiten aus. Diese Zahl sei im Vergleich zu 2004 gleich geblieben. Darüber hinaus werde der Zeitaufwand pro Monat für die erste – und bei vielen auch einzige – freiwillige Tätigkeit und schließlich die Häufigkeit der Ausübung für die erste und zweite freiwilligen Tätigkeit erfragt. Beide Indikatoren wiesen einen Rückgang auf, vor allem bei der Häufigkeit der zweiten Tätigkeit, wobei die Gruppe der Schüler hiervon am stärksten betroffen sei. Grafik 6 zeige den moderaten Rückgang beim durchschnittlichen Zeitaufwand für die erste Tätigkeit der Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren. Die Zahlen ähnelten denen der Engagierten insgesamt. Aber gerade bei den jüngeren Jugendlichen zwischen 14 und 19 Jahren sei ein deutlicherer Rückgang zu konstatieren. Sehr deutlich falle die Abnahme der Häufigkeit aus, mit der Jugendliche eine zweite Tätigkeit ausübten. Wesentlich mehr Jugendliche gäben an, die zweite Tätigkeit nur einmal im Monat oder noch seltener auszuüben, während sich der Anteil derjenigen, die mehrmals in der Woche einer zweiten freiwilligen Tätigkeit nachgingen, stark reduziert habe. Auch das bedeute noch keine dramatische Entwicklung, da der Rückgang eher bei der häufigen, zeitaufwendigeren zweiten Tätigkeit auftrete. Es zeichne sich dennoch eine klare Tendenz ab, die den Eindruck verstärke, dass Jugendliche über weniger freie Zeit verfügten und unter größerem Zeitdruck stünden.

Das Engagement von Schülern und Studierenden müsse man auch im Zusammenhang mit den eingetretenen Veränderungen im Bereich Schule und Universität betrachten. Durch die Einführung des G8 in vielen Bundesländern verringere sich die Zeit bis zum Abitur. Zugleich gebe es eine starke Tendenz zur Ganztagschule bzw. zum ganztägigen Unterricht. Im Bereich der Universitäten gebe es eine erste Studienphase mit stark geregelten Curricula. Die Zahl der engagierten Schüler und Studierenden habe sich insgesamt kaum verändert. Es zeige sich aber in einigen Gruppen ein geringeres Engagement. Grafik 8 illustriere zunächst einmal den enormen Unterschied in der Engagementquote zwischen Haupt- und Realschülern einerseits und Gymnasiasten andererseits. Bei den Gymnasiasten seien diejenigen, die das Abitur in neun Jahren absolvierten, deutlich häufiger



engagiert als Schüler im G8. Dieser Effekt zeige sich aber nur in den westlichen, nicht dagegen in den östlichen Bundesländern, wo die achtjährige Gymnasialzeit schon länger bestehe. Betrachte man das Engagement bei ganz- und halbtägigem Unterricht sehe dies wiederum anders aus. Unabhängig von der Region engagierten sich Schüler mit halbtägigem Unterricht deutlich häufiger.

Wenn man bei den Studierenden die gesamte Altersgruppe der 20- bis 30-Jährigen in den Blick nehme, könne man im Vergleich zu den Schülern eine spiegelbildliche Entwicklung feststellen. Während das Engagement der Jüngeren abnehme, nehme es bei den älteren Studierenden dagegen zu. Diese Zahlen bildeten die Auswirkungen der Einführung des Bachelor-/Mastersystems allerdings noch nicht im vollen Umfang ab. Entsprechend erklärungs- und weiter untersuchungsbedürftig sei auch die Zunahme des Engagements bei den älteren Studierenden.

Alle vorliegenden Untersuchungen zeigten, dass freiwilliges Engagement ein Schichtphänomen sei, wobei die Bildungsselektion bei Jugendlichen fast noch schärfer ausfalle. Jugendliche mit niedrigem Bildungsstatus seien immer weniger oft aktiv *und* engagiert, d. h. auch für die Zivilgesellschaft kaum erreichbar. 40 Prozent aus dieser Gruppe zählten zu den Nichtaktiven, was aus ihrer Sicht die besorgniserregendste Zahl der Studie sei. Denn wer sich nicht engagiere, könne auch von den Lernchancen des Engagements nicht profitieren. Anzumerken sei, dass sich die Zusammensetzung der Schultypen in den letzten zehn Jahren deutlich verschoben habe. Es gebe heute viel mehr Jugendliche mit Fachhochschulreife oder Abitur und deutlich weniger Schüler mit Hauptschul- oder gar keinem Schulabschluss. Während die Hauptschule als Schulform zunehmend der Vergangenheit angehöre, gelte es besonders, die Jugendlichen mit mittleren Schulabschlüssen in den Blick zu nehmen. Auch bei ihnen sei die Engagementquote erheblich zurückgegangen und falle deutlich geringer aus als bei Jugendlichen mit hohem Bildungsabschluss. Allerdings sei die Gruppe mit mittlerem Bildungsstatus häufiger öffentlich aktiv und damit für Bemühungen der Vereine, Verbände und Institutionen grundsätzlich erreichbar. Bei zunehmendem ganztägigen Unterricht müssten aber die Bemühungen verstärkt werden, beim bürgerschaftlichen Engagement an und in den Schulen ansetzen.

Jugendliche mit Migrationshintergrund seien weniger oft öffentlich aktiv und auch weniger oft engagiert, d. h. sie seien in den Strukturen einheimischer Vereine, Verbände Gruppen weniger vertreten und durch sie erreichbar. Allerdings wären sie in hohem Ma-

ße zum Engagement bereit. Grafik 11 zeige die Aktivität und das freiwillige Engagement bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund. Die Zahlen seien 2009 – verglichen mit der Erhebung im Jahr 2004 – konstant geblieben. Bei der Engagementbereitschaft sei dagegen ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Auf den ersten Blick bedenklich erscheine, dass 24 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht zum Engagement bereit seien. Die Zahl sei aber im Vergleich zum Jahr 2004 deutlich zurückgegangen, als sie noch bei 31 Prozent gelegen habe. Ein wichtiger Erklärungsschlüssel liege offenbar darin, inwiefern Jugendliche durch zivilgesellschaftliche Strukturen erreichbar seien. So sei die Zahl der in Vereinen und Organisationen als Mitglieder vertretenen Jugendlichen mit Migrationshintergrund gerade einmal halb so hoch wie bei einheimisch-deutschen Jugendlichen und dies bei einer Migrantenstichprobe, die – wie jede Telefonbefragung in deutscher Sprache – vor allem die Migranten mit guten Deutschkenntnissen erfasse.

Erhebliche Auswirkungen auf das Engagement habe auch die regionale Mobilität. Die Zahl der am Wohnort geborenen Jugendlichen sei zwischen 1999 und 2009 erheblich zurückgegangen, was im Wesentlichen der Mobilität der Familien, zum Teil aber auch der zunehmenden eigenen Mobilität der Jugendlichen geschuldet sei. Ein starker Zusammenhang bestehe auch zwischen der sozialen Einbindung am Wohnort und der Größe der Freundeskreise. Die realen Freundeskreise Jugendlicher seien kleiner geworden, wenn man die Netzwerke im Internet unberücksichtigt lasse. Abgenommen habe auch die Bereitschaft der Jugendlichen, Hilfe außerhalb des eigenen Haushalts zu leisten. Diese mit Engagement korrelierenden Faktoren zusammengenommen, wiesen auf eine Schwächung der regionalen sozialen Verwurzelung hin und könnten eine Erklärung für den Rückgang des Engagements Jugendlicher sein.

Gewichte man die verschiedenen Einflussfaktoren des Engagements auf Basis einer Regressionsanalyse, um festzustellen, wie sehr ein Merkmal für sich genommen, das Zustandekommen von Engagement erkläre, kristallisierten sich die Mitgliedschaft in gemeinnützigen Vereinen und Organisationen und ein hoher Bildungsstatus als zwei besonders wichtige Faktoren heraus. Wer Mitglied in einem Verein werde, habe bereits einen Schritt in einen engagementförderlichen Kontext getan. Zum anderen habe der formale Bildungsstatus einen wesentlichen Einfluss darauf, ob Jugendliche sich engagierten oder nicht. Die Wahrscheinlichkeit dafür sei bei einem mittleren Bildungsabschluss nur leicht, bei einem hohen dagegen deutlich erhöht. Offenbar verschafften Gymnasium und

Abitur Zugang zu einer nicht nur *bürgerschaftlichen*, sondern auch *bürgerlichen* Engagementkultur. Nicht zu unterschätzen und nicht zu übersehen sei auch, dass Engagement offensichtlich etwas mit Elitebildung zu tun habe. Die Frage des Migrationshintergrundes spiele als Einflussfaktor zwar auch eine Rolle, allerdings habe die Bildungsvariable eine deutlich stärkere Aussagekraft.

Darüber hinaus wolle sie auf einige bisher noch nicht angesprochene Einflussfaktoren hinweisen, z. B. das Geschlecht, wo sich die Relation ab dem Alter von 20 Jahren umkehre. Während junge Männer ab dem Alter von 20 Jahren deutlich häufiger engagiert seien als ihre weibliche Altersgenossinnen, sei es vorher genau umgekehrt. Offensichtlich konzentrierten sich junge Frauen zwischen 20 und 30 Jahren stark auf ihre Ausbildung und berufliche Entwicklung, um eine solide Basis für die Familienphase zu schaffen. Es handele sich insofern um eine Art vorweggenommener Vereinbarungsproblematik, die für Engagement in dieser Phase offenbar relativ wenig Platz lasse.

Neben der lokalen Vernetzung, auf die sie schon hingewiesen habe, spiele der Wohnort eine Rolle. In Großstädten bzw. im Kerngebiet von Städten sei die Engagementquote besonders gering. Dagegen habe - anders als noch 2004 - der Ost-West-Unterschied praktisch keine Bedeutung mehr. Neben der Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen sei auch die Kirchenbindung ein wichtiger Faktor, die den Kontakt zu engagementförderlichen Strukturen begünstige. Weniger stark wirke sich dagegen das Werteprofil der Jugendlichen aus. Idealismus sei erwartungsgemäß eher engagementförderlich, konventionelle Werte und Materialismus stünden dagegen in einem leicht negativen Zusammenhang. Dagegen sei das politische Interesse deutlich relevanter. Insgesamt betrachtet, seien die sozialstrukturellen Variablen die wichtigeren und aussagekräftigeren.

Die Motive und Erwartungen der Engagierten seien im Freiwilligenurvey zunächst einer Faktoren- und anschließend einer Clusteranalyse unterzogen worden. Es zeichneten sich drei Typen ab: die Interessenorientierten, die Geselligkeits- bzw. Spaßorientierten und die Gemeinwohlorientierten. Den Interessenorientierten gehe es stärker um die Vertretung eigener Interessen im Engagement, um die Erweiterung von Kenntnissen und Erfahrungen, um Eigenverantwortung und Anerkennung. Die anderen Typen seien relativ selbsterklärend. Über den gesamten Erhebungszeitraum hinweg sei eine Zunahme der Interessenorientierung, besonders zwischen 1999 und 2004, und auch eine Zunahme der Gemeinwohlorientierung zu verzeichnen. Letztere sei bei den weiblichen Jugendlichen

stärker ausgeprägt. Nähmen die beiden anderen Orientierungen zu, gehe logischerweise die Geselligkeits- bzw. Spaßorientierung entsprechend zurück. Thomas Gensicke spreche davon, dass das Engagement der Jugendlichen ernster geworden sei. Sie würde noch hinzufügen, dass es auch nutzenorientierter geworden sei, und zwar sowohl was den eigenen als auch den Nutzen für andere angehe.

Insgesamt sei der Wertewandel bei Jugendlichen durchaus nicht so stark ausgeprägt, wie immer wieder angenommen werde. Es gebe aber einen mittel- und langfristigen Trend zu einer konservativeren Grundhaltung. Konventionalismus und Materialismus nähmen zu, während postmaterielle Werte, Toleranz, Kreativität, Phantasie etc. abnähmen. Allerdings sei der Einfluss auf das Zustandekommen von Engagement gering. In der Langfassung der Jugendauswertung werde in einem eigenen Kapitel gezeigt, dass die Werte eher einen Einfluss darauf hätten, *warum* und *wo* man sich engagiere und weniger darauf, *ob* man sich engagiere.

Seit sich die These vom „Niedergang des Ehrenamts“ in die These vom „Strukturwandel des Ehrenamts“ gewandelt habe, werde immer wieder postuliert, dass sich besonders Jugendliche eher für kurzfristiges, unverbindliches, projektförmiges Engagement interessierten. Tatsächlich zeigten die Daten, dass sich von 1999 bis 2009 mehr Jugendliche in Gruppen, Projekten und Initiativen engagierten. Allerdings sei auch bei ihnen der Hauptort des Engagements nach wie vor der Verein. Gleichzeitig werde die Organisationsform „Staatliche oder kommunale Einrichtung“ geradezu spiegelbildlich weniger oft genannt. Ein Grund hierfür sei offenbar, dass das Engagement in der Schule oft in Gruppen, Projekten und Initiativen stattfinde und dass Schülerinnen und Schüler diese als Organisationsform statt des sperrigeren Begriffs „Staatliche oder kommunale Einrichtung“ angäben. Insofern lägen hier weniger Wandel und weniger Anzeichen für ein komplett neues Engagementverhalten vor, als ursprünglich angenommen. Dennoch deute sich – wie auch in anderen Befunden – an, dass die Förderung des Engagements in Schulprojekten an Bedeutung gewonnen habe. Keineswegs aber sei das Engagement Jugendlicher generell kurzfristiger, häufiger zeitlich begrenzt oder unregelmäßiger. Der Strukturwandel halte sich von daher in Grenzen.

Streifen könne sie leider nur das wichtige Thema „Internet und Engagement“. Engagierte aus der Gruppe der 20- bis 30-Jährigen nutzten das Internet erheblich häufiger im Rahmen des Engagements und als Vernetzungsmöglichkeit als andere Altersgruppen. Gleich-

zeitig verbrachten Jugendliche heute deutlich mehr Zeit im Netz. Keine andere Variable habe sich bei Jugendlichen so stark verändert. Dennoch zeige eine im Auftrag des BMFSFJ angefertigte Studie des DJI, die auch auf Daten des Freiwilligen surveys beruhe, nur einen geringen Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Internetnutzung und dem Engagement. Ein positiver Zusammenhang sei nur zwischen politischer Partizipation und Internetnutzung festgestellt worden. Dem werde man weiter nachgehen müssen.

Der Freiwilligen survey ermittele auch die Zufriedenheit mit den Rahmenbedingungen des Engagements, für die Organisationen und Träger einerseits sowie Staat und Öffentlichkeit andererseits verantwortlich seien. Hier habe der Problemdruck bei Jugendlichen stark nachgelassen, während ältere Engagierte mit den Rahmenbedingungen mit Blick auf fachliche Unterstützung und finanzielle Bedingungen deutlich unzufriedener seien als Jugendliche. Zum Rückgang der früher sehr ausgeprägten Kritik bei Jugendlichen habe möglicherweise beigetragen, dass die Bedeutung und Wertschätzung des Engagements im letzten Jahrzehnt stärker kommuniziert worden seien. Es beruhe daher sicherlich nicht nur auf einer positiveren Stimmungslage, wenn 2009 deutlich mehr Jugendliche sagten, sie fühlten sich den Anforderungen des Engagements gewachsen.

Zusammenfassend könne man sagen, dass einige problematische Entwicklungen in der Lebenssituation Jugendlicher eine Teilnahme am Engagement negativ beeinflussten. Aber es gebe auch positive Entwicklungen im Hinblick auf die Rahmenbedingungen. So habe sich die Grundstimmung zum Engagement zwischen 1999 und 2009 erheblich verbessert. Teile der jungen Generation seien allerdings im Engagement nur wenig vertreten. Besonders Jugendliche mit niedrigem Bildungsstatus und junge Migrantinnen und Migranten engagierten sich weniger und profitierten auch von den Lern- und Qualifikationseffekten des Engagements nicht. Das Bildungssystem sei beispielsweise durch die Abschaffung der Hauptschule derzeit im Umbruch. Dadurch rückten die mittleren Schultypen stärker in den Fokus, die zahlenmäßig schon jetzt besonders wichtig seien. Erschwerend wirkten sich offensichtlich die Verkürzung der Gymnasialzeit und die komprimierte erste Studienphase auf die Möglichkeiten zum Engagement aus. Manche Entwicklung werde man auch nicht rückgängig machen können und wollen, so z. B. die Entwicklung zur Ganztagschule. Aber es sollte gelingen, das Thema „Engagement“ stärker in die Curricula der Ganztagschulen aufzunehmen. Dafür müssten sich Schulen stärker für die Akteure der Zivilgesellschaft öffnen und Vereine stärker auf Schulen zugehen. Es gehe aber auch darum, Freiräume für Engagement dort zu erhalten, wo es z. B. nicht Teil des Ganztags-

schulangebots sei und wo ein Überlappen des Unterrichtes in die Nachmittagsstunden hinein die freie – und auch für Engagement verfügbare – Zeit von Schülern erheblich reduziere.

Engagement brauche auch eine frühe Nähe zu zivilgesellschaftlichen Strukturen für alle. Auch das könne man mit einer Förderung des Engagements an Schulen erreichen, wenn die erwähnte Verschränkung mit den Vereinen gelinge. Denn über die Schule erreiche man alle Kinder und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund. Schließlich sollten, wo immer möglich, die Chancen von Qualifizierung im und durch Engagement genutzt werden. Damit sei nicht nur berufsverwertbares Wissen, sondern auch die Erweiterung von Erfahrungen und das Erleben von Autonomie und Gestaltungsfähigkeit gemeint.

Die Lage Jugendlicher ändere sich durch den demografischen Wandel sowohl am Arbeitsmarkt als auch in der Zivilgesellschaft. Jugendliche würden zunehmend zu einer gefragten Ressource. Das werde aus einer angepassten und auf den eigenen Werdegang fokussierten Jugend möglicherweise eine mit mehr Mut zur Gestaltung auch in politischer Hinsicht machen. Die derzeitigen krisenhaften Entwicklungen in anderen Ländern ließen erahnen, dass man es nicht immer mit einer „pragmatischen Generation“ Jugendlicher zu tun haben werde und dass sich der Charakter des jugendlichen Engagements ändern könne. Dazu trügen die neuen Medien bei, die neue Formen des Engagements begünstigten. Politik und Zivilgesellschaft sollten Acht geben, diese Entwicklung nicht zu verpassen. Eine über neue Kommunikationswege vernetzte Jugend werde ihr soziales Umfeld anders erleben und möglicherweise weniger regional verankert sein. Genau diese regionale Verankerung sei bislang ein typisches Charakteristikum des freiwilligen Engagements. Hier sei auch die Forschung gefragt, neue Formen der Gesellung und der Verortung Jugendlicher mitzudenken.

Eine große Herausforderung liege auch in der Erforschung der Wechselwirkungen von Freiwilligendiensten und freiwilligem Engagement im Alltag. Ob die Freiwilligendienste von einer verkürzten Schulzeit möglicherweise profitierten, sei noch eine offene Frage. Die gelte auch dafür, ob es den Freiwilligendiensten gelinge, heterogenere Gruppen anzusprechen und ob diese anschließend freiwillig engagiert blieben. Solche Wechselwirkungen seien bisher bei weitem noch nicht ausreichend untersucht.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Picot herzlich für die vorgetragenen Befunde zum Engagement Jugendlicher, die die bisher vorliegenden Ergebnisse des Freiwilligen-Surveys erheblich erweitert hätten. Die Fragerunde eröffnete der Abg. Golombeck für die FDP-Fraktion.

Abg. **Heinz Golombeck** (FDP) erklärt, die Grafik 15 deute darauf hin, dass die Zahl der Mitglieder über die letzten zehn Jahre relativ konstant geblieben sei. Er habe hierzu andere Rückläufe aus den Vereinen. Vereinsangebote entsprächen – nach seiner Meinung – oft einfach nicht dem Zeitgeist. Viele Gesangsvereine verlören daher z. B. Mitglieder. Im Rahmen der Kirchen engagierten sich dagegen mehr junge Menschen. Der Abgeordnete fragt zudem, warum der Zusammenhang von Bildung und Engagement so stark sei und was der Grund für das Ost-West-Gefälle im bürgerschaftlichen Engagement sei.

Abg. **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, er habe Frau Picot so verstanden, dass eine wichtige Erklärung für die leichte Rückläufigkeit des Jugendengagements die Bildungsreformen der vergangenen Jahre mit der Schulzeitverkürzung von G9 auf G8 sowie mit der Bologna-Reform im Hochschulbereich seien. Könne man schon messen, inwieweit Engagementmöglichkeiten in Schulen insgesamt zunähmen und ob Unterschiede nach den jeweiligen Schulformen zu verzeichnen seien? Falls ja, sollte beim Empowerment von Haupt- und Realschülern dringend nachjustiert werden.

Ihn interessiere zudem, inwieweit bei der Messung von kirchlichem und religiösem Engagement auch Jugendliche mit Migrationshintergrund erfasst seien, z. B. deren Engagement in Moschee-Vereinen oder jüdischen Gemeinden und wo in diesem Zusammenhang möglicherweise weiterer Forschungsbedarf für künftige Jugendstudien bestehe. Der Abgeordnete bittet zudem um genauere Ausführungen zu dem angesprochenen Zusammenhang zwischen Internetnutzung und politischer Partizipation. Auch dies sei aus seiner Sicht ein spannendes Feld für künftige Untersuchungen. Nicht ganz klar geworden sei ihm, wie in der Studie politische Partizipation im Internet operationalisiert werde. Es gebe hier eine große Bandbreite an Möglichkeiten vom Flash-Mob bis zur Online-Petition, die zum Teil auch über soziale Netzwerke unterstützt würden. Das wäre für eine Unterscheidung zwischen Engagement bzw. Partizipation einerseits und Aktivität andererseits wichtig.

Abg. **Sönke Rix** (SPD) erkundigt sich, ob Frau Picot Erkenntnisse über das Ausmaß des Engagements von und an Schulen habe. Zudem sei auch er an ihrer Einschätzung interes-

siert, wo Engagement im Internet anfangen. Er streite sich bisweilen mit der Kollegin Kumpf darüber, ob z. B. die Beteiligung an einer Online-Petition oder der Klick bei einer TED-Umfrage schon eine Form von Engagement sei.

Abg. **Ute Kumpf** (SPD) möchte wissen, ob durch die Art der Erhebung die Grundgesamtheit der Jugendlichen in der Studie tatsächlich richtig erfasst werde. Es handele sich ja um eine telefonische Befragung über das Festnetz. Sie bezweifle jedoch, ob man mit diesem Instrument alle Jugendlichen wirklich erreiche. Manche Haushalte – besonders mit Migrationshintergrund – hätten überhaupt keinen Festnetzanschluss. Nach den vorliegenden Daten funktioniere die interkulturelle Öffnung der Vereine offensichtlich noch nicht. Welche Herausforderungen ergäben sich daraus für zivilgesellschaftliche Organisationen und Politik?

Abg. **Klaus Riegert** (CDU/CSU) bedankt sich zunächst für die Darlegung der vielen interessanten Fakten. Es lohne sich, über kurz oder lang noch einmal zu überprüfen, ob die vorgetragenen Begründungen tatsächlich stichhaltig und welche Schlüsse daraus zu ziehen seien. Frau Picot habe zudem die Veränderung beim Wertegerüst angesprochen. Er frage sich jedoch, ob die dargelegten neuen Werte tatsächlich eine positive Veränderung darstellten. Hier bitte er um genauere Ausführungen, ob er dies nur falsch verstanden habe oder ob Frau Picot diese als Wissenschaftlerin einfach nur neutral festgestellt habe.

Abg. **Heidrun Dittrich** (DIE LINKE.) erklärt, es wäre bei den Bildungsabschlüssen hilfreich gewesen, die Befunde noch einmal nach Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund und auch nach dem Geschlecht aufzuschlüsseln. Denn vielleicht seien weiblichen Personen mit Migrationshintergrund auch stärker engagiert als männliche Personen aus dieser Gruppe. Die Grafik 11 zeige, dass der Anteil der Aktiven bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund mit 44 Prozent sogar über dem der Einheimischen liege. Da die Studie aber vor allem am Engagement interessiert sei, komme sie zu anderen Befunden. Auch sei ihr nicht hinreichend deutlich, was als Aktivität und was als Engagement erfasst werde. Zudem erkundigt sich die Abgeordnete, ob die Studie nicht doch beweise, dass sich einheimische Vereine oft noch gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund abgrenzten und sie diese daher auch nicht erreichten.

**Sibylle Picot** (Sozialwissenschaftliche Projekte) betont zunächst, dass man nicht mit *einer* Studie wie dem Freiwilligensurvey alle Fragen beantworten könne. Der Freiwilli-



gensurvey leiste aber sehr viel und biete mehr detaillierte Aufschlüsselungen, als sie in der knappen zur Verfügung stehenden Zeit habe präsentieren können, z. B. auch hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Unterschiede. Sie glaube nicht, dass sich einheimische Vereine bewusst von Menschen mit Migrationshintergrund abgrenzten. Eher sei es so, dass einheimisch-deutsche Mittelschichtkinder einfach stärker an Gruppenaktivitäten teilnahmen. Hier Änderungen herbeizuführen, benötige Zeit, aber man sei aus ihrer Sicht durchaus auf einem guten Weg. Bei Migrantinnen und Migranten sei die Aktivität bereits relativ hoch. Engagement sei dagegen im Freiwilligensurvey ein zusätzliches Merkmal, mit dem die Übernahme darüber hinaus gehender freiwilliger Aufgaben erfasst werde. Insofern erkläre sich auch die von der Abg. Dittrich angesprochene Grafik 11. Je geringer der Balken bei den Engagierten sei, desto höher werde er bei den „nur“ Aktiven.

Der Abg. Riegert habe die Frage aufgeworfen, ob die Veränderungen beim Wertegerüst positiv zu bewerten seien. Die Werteveränderungen, die sich in der aktuellen Shell-Jugendstudie und im aktuellen Freiwilligensurvey zeigten, seien zunächst einmal solche, die bereits stattgefunden hätten. Man habe lange Zeit im Zusammenhang mit Jugendlichen von der „pragmatischen Generation“ gesprochen. Es sei vermuten, dass man hier in Zukunft Veränderungen erleben werde. Aufgrund der knappen Zeit könne sie darauf leider nicht näher eingehen.

Das von der Abg. Kumpf angesprochene Problem, eine Grundgesamtheit von Jugendlichen telefonisch zu erreichen, bestehe bei Befragungen über das Festnetz in der Tat. Dies sei eine sehr aufwändige Aufgabe und bedürfe einer Gewichtung. TNS Infratest Sozialforschung sei in dieser Hinsicht jedoch ein sehr gründlich arbeitendes Institut. Thomas Gensicke habe, als er im Unterausschuss über den Freiwilligensurvey berichtet habe, keine Auswertung zur Migrantenthematik vorgenommen. Es sei eine eigene Befragung bei türkischstämmigen Migranten gemacht worden, die sehr viel mehr ins Detail gehe und die aufzeige, dass es kulturelle Kontexte gebe, in denen Menschen mit Migrationshintergrund durchaus aktiv seien und sich engagierten – allerdings in einer etwas anderen Form als sie vom Freiwilligensurvey erfasst werde. Hilfe innerhalb der Familie und Hilfe für andere sei bei Migrantinnen und Migranten sehr viel stärker ausgeprägt. Insofern könne man dies nicht eins zu eins vergleichen, sondern müsse die Befunde sorgsam interpretieren. Bei einer nicht speziell auf Migranten zugeschnittenen Studie müsse man hier Abstriche machen. Andererseits seien die Zahlen zu interessant, um sie völlig wegzulassen. Denn sie zeigten eine Richtung auf.

Hinsichtlich der Frage nach dem Thema „Partizipation und Internet“ weist Frau Picot darauf hin, dass die Studie nicht das Engagement im Internet erfasse, sondern nur inwiefern das Internet als Hilfsmittel für Engagement genutzt werde. Es zeige sich, dass auch bei den älteren Engagierten die Nutzung des Internets enorm zugenommen habe. Zur Messung des spezifischen Internetengagements seien jedoch andere Ansätze und weitere Studien notwendig. Im Freiwilligensurvey werde bisher keine Frage gestellt, ob und wie stark die Menschen das Internet sonst nutzten. Denn dann könnte man z. B. die Internetnutzung mit den Angaben zur politischen Partizipation in Beziehung setzen. Denn es gebe einige Fragen im Freiwilligensurvey zu Aktivität und Engagement im politischen Bereich, z. B. ob man politisch interessiert sei, ob man bei Unterschriftensammlungen für politische Ziele unterschrieben oder an Demonstrationen teilgenommen habe. Eine Studie des DJI habe hier Zusammenhänge festgestellt. Der Freiwilligensurvey sei für dieses Thema noch nicht komplett gerüstet und auch die DJI-Studie lasse noch einige Fragen offen. In diesem Bereich gelte es, die Forschungsanstrengungen zu verstärken.

Weiteren Forschungsbedarf sehe sie auch hinsichtlich der Relation von Freiwilligendiensten und freiwilligem Engagement. Es gebe hierzu eine noch nicht ausgewertete Frage im Freiwilligensurvey, ob man schon einmal ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) oder Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) gemacht habe. In einer früheren Studie habe sie zeigen können, dass Absolventen eines FSJ und FÖJ anschließend sehr viel stärker freiwillig engagiert gewesen seien und den Kontakt zum Engagementfeld, in dem sie den Freiwilligendienst absolviert hätten, gehalten hätten. Dies könne allerdings auch noch andere sozialstrukturelle Gründe haben. Solche Interaktionen wären ein interessantes Feld für weitere Forschungsvorhaben.

Religiöses Engagement von Migranten werde im Prinzip auch im Freiwilligensurvey erfasst, wenn es sich um ein Engagement im kirchlichen Bereich handele. Der Anteil von Migranten sei hier deutlich geringer, da vor allem christliche Organisationen erfasst würden und Migranten dort weniger vertreten seien.

Bemühungen, das Engagement in Schulen zu fördern, gebe es zahlreiche. Darauf deuteten auch die entsprechenden Indikatoren im Freiwilligensurvey hin. Eine Einzel- bzw. Sonderauswertung liege hierzu jedoch noch nicht vor. Ob es weitere Studien und Erhebungen in dem Bereich gebe, wisse sie nicht genau. Allerdings sei z. B. die Bertelsmann Stiftung mit dem Projekt „jungbewegt“ in diesem Bereich sehr aktiv.

Bereits hingewiesen habe sie darauf, dass der Ost-West-Unterschied geringer geworden sei. Nach der Wende seien viele Vereinsstrukturen im Osten zusammengebrochen, da sie zum Beispiel an Betriebe gekoppelt gewesen seien. Vereinsstrukturen hätten sich daher erst langsam wieder etabliert. Die Studie zeige auch, dass sich Jugendliche mit Abitur im Osten jetzt stärker engagierten, während es im Westen einen Rückgang gebe, der möglicherweise auf die weniger vorhandene Zeit für Engagement bei Schülern durch die Einführung von G8 zurückzuführen sei.

In der Studie seien nicht Mitgliedschaften in Vereinen an sich untersucht worden, sondern inwieweit Vereine den organisatorischen Rahmen für Engagement bildeten. Vereine gebe es in vielen unterschiedlichen Formen und man könne gewiss nicht sagen, dass alle nur altbacken seien und in ihnen nichts Neues stattfinde. Die Vereine bemühten sich durchaus um die knapper werdende Ressource „Jugendliche“. Auch viele Initiativen wählten die organisatorische Form des Vereins, ohne deshalb mit konservativen Inhalten oder altbackenen Strukturen verbunden zu sein. Zudem gebe es ein oft unterschätztes Bedürfnis bei Jugendlichen nach so etwas wie einer Art zweiten Heimat, z. B. im Sportverein, wobei Jugendliche Organisationformen dabei weniger interessierten.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Picot für den Vortrag und die Beantwortung der vielen Fragen. Der Freiwilligensurvey werde dem Unterausschuss als kontinuierliches Thema auch in Zukunft erhalten bleiben.

### **Tagesordnungspunkt 2**

**Gespräch mit Brigitte Döcker (AWO Bundesverband) über die Strategie der Arbeiterwohlfahrt zur Gewinnung junger Menschen für das bürgerschaftliche Engagement am Beispiel der Kampagne „freiwillich! Freiwillig engagiert mit der AWO“**

### **Tagesordnungspunkt 3**

**Gespräch mit Dr. Jens Kreuter (BMFSFJ) und Dieter Hackler (BMFSFJ) über aktuelle Entwicklungen in den Bereichen „Bundesfreiwilligendienst“ bzw. „Freiwilligendienste aller Generationen“**

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass man sich gerade verständigt habe, die Tagesordnungspunkte 2 und 3 gemeinsam zu behandeln, da es sich um zusammenhängende Themen handele. Man beginne mit Frau Döcker, die die Strategie der Arbeiterwohlfahrt zur Gewinnung junger Menschen für das bürgerschaftliche Engagement am Beispiel der Kampagne „Freiwillich! Freiwillig engagiert mit der AWO“ vorstellen werde. Anschließend werde Herr Dr. Kreuter über Start und Sachstand beim Bundesfreiwilligendienst berichten und Herr Hackler über die „Freiwilligendienste aller Generationen“ Auskunft geben. Er wolle in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass in den Ausschüssen heute das sogenannte Beitreibungsrichtlinien-Umsetzungsgesetz verabschiedet worden sei, in dem die Kindergeldfrage für die internationalen Freiwilligendienste und den Bundesfreiwilligendienst nunmehr gesetzlich geregelt sei. Nach der abschließenden Beratung im Plenum und im Bundesrat werde es voraussichtlich im November in Kraft treten und rückwirkend gelten. Die Frage, die in der Startphase des Bundesfreiwilligendienstes noch Irritationen ausgelöst habe, sei damit gelöst. Der Vorsitzende bittet Frau Döcker sodann, die Kampagne der AWO vorzustellen und weist auf die hierzu auch schriftlich vorliegende Präsentation hin (Anlage 2).

**Brigitte Döcker** (AWO-Bundesverband) bedankt sich zunächst für die Gelegenheit, die Kampagne der AWO im Unterausschuss präsentieren zu können. Sie übernehme die Vorstellung vertretungsweise für den Vorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt, Wolfgang Stadler, der aus terminlichen Gründen an der Sitzung nicht teilnehmen könne, der die Mitglieder aber herzlich grüßen lasse. Zum Einstieg wolle sie zunächst den TV-Spot zur Kampagne (<http://www.awo-freiwillich.de/tv-spot>) vorführen, da Kampagnen bekanntlich von Bildern lebten.

Frau Döcker erläutert sodann, man habe den Titel „Freiwilllich“ mit seinen drei Wortbestandteilen für die Kampagne gewählt, um damit in den Vordergrund zu stellen, dass es um das freiwillige Engagement von Individuen mit ihren persönlichen Vorstellungen gehe. Die Kampagne der AWO ziele auf junge Freiwillige und auf beide Freiwilligendienstformate, d. h. das Freiwillige Soziale Jahr *und* den Bundesfreiwilligendienst gleichermaßen. Die Zielgruppe der jungen Freiwilligen habe man gewählt, weil eine Kampagne nur dann wirkungsvoll sei, wenn sie einen klaren Adressaten habe. Zudem wolle die AWO bewusst, junge Menschen für ein Engagement interessieren und gewinnen. Man habe Kampagnenmotive mit jungen Menschen gewählt, die mit verschiedenen Zielgruppen abgebildet seien, z. B. ältere Menschen, Kinder, Migranten. Hinzu trete jeweils ein Motto, um eventuell vorhandene Hemmschwellen abzubauen, z. B. „Du brauchst kein Auto, um Menschen zu bewegen“, „Du brauchst keinen Mut, um ein Held für andere zu sein“ oder „Du brauchst keine Muskeln, um Stärke zu zeigen“. Diese Kampagnenmotive würden sowohl für Postkarten als auch für Plakate verwendet.

Bei der Konzeption habe man sich zunächst von der Frage leiten lassen, was die Kampagne leisten müsse. Sie habe zum einen schnell greifen und zum anderen sowohl online als auch offline funktionieren müssen. Die Kampagne sei vom Bundesverband gestartet worden, der aber die Gliederungen der AWO mit einbezogen habe, da die Motive regionalisierbar und vor Ort nutzbar sein müssten. Die Kampagne solle auch kein Strohfeuer sein, sondern solle auf Dauer implementiert werden, da auch der Bundesfreiwilligendienst kontinuierlich weiterentwickelt und beworben werden solle.

Als Werbemittel habe man Flyer, Postkarten, T-Shirts und Buttons eingesetzt. Zudem seien im Juni und Juli Großflächenplakate in 15 Städten jeweils für 10 Tage aufgehängt worden. Außerdem habe man eine Einsatzstellenbörse auf der Webseite eingerichtet, auf der Interessierte nach Einsatzstellen suchen und die Gliederungen des Verbandes vor Ort aktuelle Angebote für Freiwillige eingeben könnten. Interessierte könnten sowohl nach Regionen als auch nach Zielgruppen suchen. Derzeit gebe es 3.051 gemeldete Einsatzplätze. Die Webseite sei am 1. April 2011 online gegangen und sei mit einer Facebookseite verknüpft. Zudem habe man Anzeigen in zwölf überregionalen und leserstarken Zeitschriften geschaltet, was zu vielen Rückmeldungen geführt habe. Denn in Zeitschriften wie der „Brigitte“ sei die AWO normalerweise nicht präsent. Hinzu komme der gezeigte TV-Spot, der bei neun Sendern zu sehen gewesen sei und ein Radio-Spot, der seit August auf fünf Sendern laufe.

Nach diesem Überblick über die eingesetzten Werbemittel wolle sie genauer auf das Angebot der angesprochenen Webseite eingehen. Man könne dort Informationen zum FSJ und zum Bundesfreiwilligendienst, Einsatzmöglichkeiten, eine Übersichtskarte mit Kontaktdaten und Erfahrungsberichte von Freiwilligen finden. Bei Letzteren handele es sich zur Zeit überwiegend noch um Berichte von Zivildienstleistenden oder Teilnehmern am FSJ. In der schriftlichen Präsentation finde man auch eine Zugriffsstatistik auf die Webseite. Ein erster Anstieg sei dort zwischen dem 20. Juni und dem 11. Juli 2011 zu verzeichnen gewesen, als der TV-Spot gestartet sei und offenbar bei vielen Interesse geweckt habe, die Webseite aufzusuchen. Einen weiteren Anstieg der Zugriffszahlen habe es beim Start der Einsatzstellenbörse im August sowie noch einmal Mitte September gegeben, als sich klarer abgezeichnet habe, ob Bewerbungen für einen Studien- bzw. Ausbildungsplatz erfolgreich gewesen seien oder nicht.

Wer durch eine Kampagne Interesse wecken wolle, müsse auch entsprechende Strukturen hierfür entwickeln. Das Projekt „Aufbau des Bundesfreiwilligendienstes“ sei daher sehr intensiv und früh von den Gliederungen des Verbandes begleitet worden. Dies sei nicht zuletzt auch wegen der notwendigen Umstellung von einem Pflicht- zu einem Freiwilligendienst in vielen Einrichtungen notwendig gewesen, der sich auch in einer entsprechenden Ausgestaltung vor Ort niederschlagen müsse. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass Freiwillige ihren Dienst schnell wieder beendeten. Im Dezember 2010 habe die Geschäftsführerkonferenz die Eckpunkte zur Umsetzung des Bundesfreiwilligendienstes innerhalb der AWO beschlossen und den Auftrag für das vorgestellte Marketingkonzept erteilt. Hintergrundthemen für die AWO seien der Fachkräftemangel, die Verbands- und Mitgliederentwicklung und eine Kompensation des Zivildienstes in veränderter konzeptioneller Form. Alle 16 regionalen Träger und die AWO-Gremienstruktur mit Geschäftsführerkonferenzen, Arbeitskreis „Engagementförderung“ und Unterarbeitskreis „Freiwilligendienste“ seien an der Gesamtentwicklung beteiligt gewesen. Zudem seien Fachtagungen veranstaltet worden, bei denen konzeptionelle und organisatorische Fragen diskutiert und geklärt worden seien.

Eine Kampagne sei ein Mittel, um Menschen zu erreichen. Die dadurch geweckten Erwartungen erforderten die Entwicklung vernünftiger Qualitätsstandards vor Ort. Dazu gehöre, die Interessen, Fähigkeiten und Kompetenzen junger Menschen einzubeziehen, um Erfolgserlebnisse zu erzielen. Hierzu sei eine kontinuierliche individuelle Begleitung und ein Reflexionsangebot über die gemachten Erfahrungen notwendig, um die Motivation

der Freiwilligen zu erhalten. Wichtig sei auch der Aspekt „Lebensweltorientierung“, denn nicht jeder komme mit anderen Menschen und deren Lebenswelt klar. Junge Menschen müssten zudem auf schwierige Situationen im Einsatz vorbereitet werden, da die Arbeit mit Menschen weder leicht sei, noch immer konfliktfrei verlaufe. Bei der Bewältigung solcher Situationen müssten junge Menschen begleitet werden. Zum Anspruch gehöre auch, soziale Kompetenzen zu fördern. Beide Aspekte hingen eng zusammen. Denn wenn man junge Menschen in solchen Situationen nicht auffange, fördere man nicht die Bereitschaft zum Engagement, sondern löse im Gegenteil Frustration aus. Der freiwillige Einsatz müsse zudem als Bildungs- und Orientierungsangebot ausgestaltet sein und sei auch mit einem umfassenden Anspruch auf Persönlichkeitsbildung verbunden. Dazu müsse es bei den Einsatzstellen vor Ort die Bereitschaft geben, Fragen und Diskussionen zuzulassen und Mitgestaltungsmöglichkeiten für die jungen Menschen zu eröffnen. Ein großes Aufgabenfeld sei zudem, dass junge Menschen im Rahmen des Freiwilligendienstes sozialpolitisches Know-how erwürben und ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Engagement nach dem Einsatz gefördert werde.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Döcker für ihren Vortrag. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens sei immer wieder die Notwendigkeit hervorgehoben worden, den Bundesfreiwilligendienst kreativ zu bewerben. Dies sei der AWO mit ihrer Kampagne, wie er finde, sehr gut gelungen. Er wolle direkt eine Frage anschließen: Das Familienministerium habe auch eine Kampagne zum Bundesfreiwilligendienst entworfen. Es fänden sich jedoch keine Elemente davon in der Kampagne der AWO wieder. Sei die Kampagne des Ministeriums zu spät gekommen oder habe sich der Verband bewusst entschieden, etwas Eigenes mit der Marke „AWO“ zu machen?

**Brigitte Döcker** (AWO Bundesverband) antwortet, die AWO habe aufgrund der kurzen Vorlaufzeit sehr schnell etwas planen müssen, was vor Ort auch leicht umsetzbar sei. Insofern sei die AWO einfach sehr schnell gewesen und habe dies auch sein wollen.

Der **Vorsitzende** verweist darauf, dass der Start des Bundesfreiwilligendienstes vor fast vier Monaten erfolgt sei. Er bitte Herrn Dr. Kreuter um einen Sachstandsbericht über die bisher gesammelten Erfahrungen.

**Dr. Jens Kreuter** (BMFSFJ) bedankt sich beim Vorsitzenden für die Einladung zur Sitzung. Er wolle zunächst betonen, dass man sich im Ministerium sehr über die Kampagne

der AWO gefreut und diese als wirkliche Bereicherung empfunden habe. Die AWO sei nicht nur der erste, sondern auch der einzige Verband gewesen, der die Freiwilligendienste in dieser Form aktiv beworben und auch gezielt zur Verbandsentwicklung genutzt habe.

Der Vorsitzende habe bereits erwähnt, dass der Pflichtdienst nun bereits seit einigen Monaten Vergangenheit ausgesetzt und der neue Bundesfreiwilligendienst gestartet sei. Man könne daher eine erste Zwischenbilanz, an manchen Stellen auch schon eine Bilanz ziehen. Vorweg wolle er hervorheben, dass die Aussetzung des Zivildienstes als solche, die ihm vor einem Jahr überraschend als Aufgabe übertragen worden sei, endgültig abgeschlossen sei. Seit bald vier Monaten gebe es in Deutschland keine Zivildienstleistenden mehr und bei allen Herausforderungen und vielen kleinen Fragen, die dies mit sich gebracht habe, sei es zu keinen strukturellen Verwerfungen in Deutschland gekommen. Kein Altenheim habe schließen müssen, kein Rettungswagen sei in der Garage geblieben. Auch die Abwicklung des neuen Bundesfreiwilligendienstes habe vom ersten Tag an reibungslos funktioniert. Mittlerweile seien Verträge mit über 21.000 Freiwilligen abgeschlossen worden, freiwillig verlängernde Zivildienstleistende nicht eingerechnet. Das sei für vier Monate eine ausgesprochen erfreuliche Zahl. Auch den Jugendfreiwilligendiensten gehe es besser als je zuvor, was im letzten Herbst noch sehr kontrovers diskutiert worden sei. Es gebe sowohl mehr Teilnehmer am FSJ und FÖJ als auch am internationalen Jugendfreiwilligendienst. Die Bundesförderung sei zudem für alle Freiwilligendienstformate massiv erhöht worden. Natürlich gebe es immer noch einige Diskussionspunkte, auf die er später noch eingehen werde. Immer noch umstritten sei vielleicht auch die Frage, ob die Förderung nun vervierfacht oder verfünffacht worden sei. Aber wenn man sich erst einmal darin einig sei, dass sie mindestens vervierfacht worden sei, habe man schon einmal eine gute Diskussionsbasis, um sich dann über die mögliche Verfünffachung zu streiten.

Herr Dr. Kreuter fährt fort, er wolle drei weitere Zahlen erwähnen. Rund 20 Prozent der Teilnehmer am Bundesfreiwilligendienst seien über 27 Jahre alt. Das sei eine neue Zielgruppe, für die es ein Freiwilligendienstangebot in dieser Form bisher nicht gegeben habe. Nach allem, was sich bisher abzeichne, sei der größere Teil der über 27-Jährigen unter 65 Jahre alt und der deutlich kleinere Teil Rentner. Es gebe zudem erste Anzeichen dafür, dass der Bundesfreiwilligendienst ein attraktives Angebot für Langzeitarbeitslose darstelle. Dies finde er ausgesprochen erfreulich, zumal sichergestellt sei, dass kein Langzeitar-



beitsloser gezwungen oder gedrängt werde, einen Bundesfreiwilligendienst zu absolvieren. Ebenfalls erfreulich sei, dass die Teilnehmer am Bundesfreiwilligendienst mit 55 Prozent bisher mehrheitlich Männer seien. Denn lange Zeit sei die Befürchtung geäußert worden, dass Männer mit dem Ende des Zivildienstes aus dem Sozialbereich komplett verschwinden würden. Das sei aber offenbar nicht der Fall. Auch die Abbrecherquote liege mit ca. 5 Prozent bisher im erfreulich niedrigen, einstelligen Prozentbereich. Einschränkend müsse er allerdings darauf hinweisen, dass die Zahlen gegenwärtig noch mit Vorsicht zu betrachten seien, da es nach wie vor ein ungebremstes Wachstum beim neuen Bundesfreiwilligendienst gebe. Es vergehe seit Monaten kein Tag, an dem nicht mindestens 200 Verträge neu abgeschlossen würden. Wie sich diese große Nachfrage statistisch auswirken werde, bleibe abzuwarten.

Die organisatorischen Abläufe des Bundesfreiwilligendienstes liefen weitestgehend reibungslos. Dafür sei er den Kolleginnen und Kollegen vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben dankbar. Das Bundesamt habe erst seit der Beschlussfassung im Deutschen Bundestag am 27. März 2011 Planungssicherheit gehabt und habe es trotzdem geschafft, ein komplett neues Computerprogramm so an den Start zu bringen, dass im Juli alle Überweisungen zutreffend getätigt werden konnten. Kein Vertrag sei liegengeblieben, weil die EDV nicht funktioniert habe.

Er wolle auch eine Frage der Abg. Haßelmann zum Bundesrechnungshof aus der letzten Sitzung aufgreifen. Die Notwendigkeit, in einer sehr kurzen Zeit enorme Veränderung zu bewältigen, habe dazu geführt, dass man zum Teil unkonventionelle Wege habe gehen müssen. Man sei stolz darauf, ein System mit jährlich 90.000 Zivildienstleistenden innerhalb von weniger als einem Jahr auf Null gefahren, komplett auf Freiwilligkeit umgestellt und innerhalb dieses Zeitraums zugleich auf 20.000 Bundesfreiwilligendienstleistende neu hochgefahren zu haben, ohne dass es irgendwo zu dramatischen Verwerfungen gekommen sei. Natürlich habe es Diskussionen gegeben und man werde auch noch weiter über die Ausgestaltung von Formularen und andere Einzelheiten diskutieren. Die Umstellung sei zudem innerhalb des vom Haushaltsgesetzgeber gesetzten finanziellen Rahmens erfolgt. In der Privatwirtschaft hätte man bei solch einer großen Umgestaltung erst einmal eine externe Beratungsfirma beauftragt. Darauf habe man bewusst verzichtet und die Veränderungen mit eigenen Ressourcen bewältigt.

Wenn an der einen oder anderen Stelle noch diskutiert werde, was man noch besser machen und wo man noch weiter sparen könne, halte er dies für normal. Damit gehe man gelassen um. Aus engagementpolitischer Sicht könne man von einer insgesamt sehr erfreulichen Entwicklung sprechen. Vor einem Jahr habe das Ministerium in allen Debatten stets darauf hingewiesen, dass die angestrebten 70.000 Freiwilligendienstleistenden in beiden Dienstformaten nicht im ersten Jahr zu erreichen seien. Inzwischen dürfe er daran ein Fragezeichen machen, so gut wie die Jugendfreiwilligendienste und der Bundesfreiwilligendienst derzeit angenommen würden. Damit stellten sich zwar eine Menge anderer neuer Fragen, die aber alle eher „Luxusprobleme“ seien.

**Dieter Hackler** (BMFSFJ) bemerkt einleitend, er könne gleich mit weiteren erfreulichen engagementpolitischen Anmerkungen zum „Freiwilligendienst aller Generationen“ anschließen. Zunächst wolle er betonen, dass dieser in keinem Konkurrenzverhältnis zum Bundesfreiwilligendienst stehe. Der „Freiwilligendienst aller Generationen“ sei ein im Prinzip unentgeltlicher Dienst von mindestens sechs Monaten, der mindestens acht Stunden umfasse. Dieses Format habe sich nach Einschätzung des Ministeriums bewährt, da mit ihm eine neue Zielgruppe für den Freiwilligendienst angesprochen und gewonnen worden sei, nämlich die lebensälteren Menschen über 25 Jahre. Etwa 35 Prozent der Teilnehmer am „Freiwilligendienst aller Generationen“ gehöre der Alterskohorte 60 plus bzw. 65 plus an. Ebenso wie im Bundesfreiwilligendienst gebe es auch im „Freiwilligendienst aller Generationen“ eine Gruppe lebensjüngerer Menschen, die arbeitslos sei. Dies seien immerhin 22 Prozent, die über den „Freiwilligendienst aller Generationen“ versuchten, sich sinnvoll für das Gemeinwesen zu betätigen und über diesen Weg vielleicht auch einen neuen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu bekommen. Immerhin 22 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer seien berufstätig und 12 Prozent Hausfrauen bzw. Hausmänner, während sich 11 Prozent in Ausbildung oder Studium befänden. Bemerkenswert sei auch, dass der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in diesem Dienstformat bei etwa 14 Prozent liege. Auch ein kleinerer Anteil von Menschen mit Behinderung engagiere sich im „Freiwilligendienst aller Generationen“.

Im Rahmen des Modellprogramms seien bekanntlich 46 Leuchttürme sowie mobile Teams in allen 16 Bundesländern gefördert worden. Das Interesse der Bundesländer, das Format in dieser Form auch künftig fortzuführen, sei sehr groß. Festzustellen sei, dass sich bestimmte Engagementprofile in den Kommunen herausgebildet hätten. So gebe es u. a. Behörden- und Demografielotsen, Pflege- und Familienbegleiter sowie Migrationspa-

ten. Der oberbergische Kreis habe sich z. B. zum Ziel gesetzt, in jeder seiner 13 Kommunen sogenannte Standortlotsen einzuführen, die zu einem Engagement hinführten und vermittelten. Inzwischen verfügten alle Kommunen im Kreis über insgesamt 56 kontinuierlich arbeitende Standortlotsen. Dies sei ein Modell, das man auf andere Landkreise wunderbar übertragen könnte.

Die spannende, in der letzten Unterausschusssitzung bereits angesprochene Frage sei, wie es mit den „Freiwilligendiensten aller Generationen“ künftig weitergehen werde. Es gebe inzwischen 19 Prozent der Mehrgenerationenhäuser, die direkte Berührungspunkte mit den „Freiwilligendiensten aller Generationen“ aufwiesen. Das Ministerium würde gerne erreichen, wenn sich das bewährte Modell der „Freiwilligendienste aller Generationen“ in der Fläche ausbreiten und in die entsprechenden Curricula der Mehrgenerationenhäuser integriert würde. Die Mehrgenerationenhäuser sollten an der Vermittlung von Engagement nicht als Konkurrenz mitwirken, sondern indem sie Angebote bündelten und miteinander verbänden. Das Ministerium halte dies für einen denkbaren Weg. Inzwischen gebe es einen Antrag aller 16 Bundesländer, über eine Fortführung der Bundesförderung beim „Freiwilligendienst aller Generationen“ mit dem BMFSFJ reden zu wollen. Das Ministerium sei zu einem solchen Gespräch bereit. Was sich daraus für weitere Initiativen ergäben, könne und wolle er heute nicht vorwegnehmen.

Das Wichtige am Modell der „Freiwilligendienste aller Generationen“ sei, dass sich laut der vom Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung in Freiburg durchgeführten wissenschaftlichen Begleitforschung 44 Prozent der Teilnehmer das erste Mal in einer solch verbindlichen Form engagierten. Das sei ein Hinweis darauf, dass dieses Format in eine andere Richtung als die vorhandenen Angebote weise. Es rege – ähnlich wie bei der AWO beim Bundesfreiwilligendienst – Diskussionsprozesse bei den Trägern an, denn es müssten bestimmte Profile entwickelt werden, um die Engagierten dauerhaft an sich zu binden. Der Versuch, dies weiter in die Breite zu tragen, sollte aus Sicht des Ministeriums fortgesetzt werden. Darum sei man dankbar, dass sich alle 16 Bundesländer an dieser Stelle in der Verantwortung wüssten und dass sich auch der Bund dabei voraussichtlich nicht ganz aus der Verantwortung nehmen könne.

Der **Vorsitzende** eröffnet die Fraktionsrunde. Als Erster habe sich der Abg. Klaus Riegert für die CDU/CSU-Fraktion gemeldet.

Abg. **Klaus Riegert** (CDU/CSU) erklärt, es sei erfreulich, dass die AWO die Abkehr vom Pflichtdienst schon sehr früh als Chance begriffen und genutzt habe. Ihn interessiere, ob es schon Einschätzungen zum Erfolg der Kampagne gebe. Zudem wäre er Frau Döcker für Hinweise zu den Kosten und zur Finanzierung der Kampagne dankbar. Die Beiträge von Herrn Dr. Kreuter und Herrn Hackler zeigten, dass inzwischen eine erfreuliche Entwicklung bei den Freiwilligendiensten eingetreten sei, die in dieser Form und Schnelligkeit nicht unbedingt zu erwarten gewesen sei. Die angesprochenen „Luxusprobleme“, bei denen man im Gespräch bleiben werde, seien sicherlich auch leichter als andere zu lösen. Er sei froh, dass sich die Dienste in die richtige Richtung entwickelten, wobei ihm persönlich egal sei, ob jemand einen Bundesfreiwilligendienst, ein FSJ, ein FÖJ, einen internationalen Freiwilligendienst oder einen „Freiwilligendienst aller Generationen“ absolviere. Wichtig sei, dass sich junge Menschen überhaupt engagierten und dabei durchaus auch im eigenen Interesse Kenntnisse und Erfahrungen sammelten, die auch für Studium und Beruf relevant seien. Hier sei man aus seiner Sicht auf einem guten Weg.

**Katharina Landgraf** (CDU/CSU) erkundigt sich bei Herrn Dr. Kreuter, ob es denkbar sei, beim Bundesfreiwilligendienst die zeitliche Begrenzung für Rentnerinnen und Rentner aufzuheben. Denn viele würden gerne oft auch länger dabeibleiben und hätten wahrscheinlich wenig Verständnis dafür, wenn sie den Dienst nach 12 Monaten beenden müssten. Ihre zweite Frage ziele auf das THW und die Freiwillige Feuerwehr. Durch die Abschaffung des Pflichtdienstes gebe es keinen zusätzlichen Anreiz mehr für ein Engagement bei diesen Institutionen. Die Abgeordnete fragt, ob es nicht möglich sei, hierfür ein entsprechendes Angebot zu entwickeln.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich diese Frage eigentlich an die Abgeordneten selbst richte, da der Deutsche Bundestag ja für die Ausgestaltung und Verabschiedung der Gesetze zuständig sei.

Abg. **Sönke Rix** (SPD) erklärt, auch ihn interessiere die Frage, wie man ein Engagement bei der Freiwilligen Feuerwehr und beim THW noch attraktiver gestalten könne. Denn das Argument, nicht zur Bundeswehr zu müssen, sei für viele ein wichtiger Grund gewesen, sich bei Freiwilliger Feuerwehr und THW zu engagieren. Insofern halte er die Frage der Kollegin Landgraf nach weiteren diesbezüglichen Plänen der Bundesregierung für durchaus berechtigt, die ja auch in einem Zusammenspiel mit dem Parlament entwickelt werden könnten. Der Wegfall des Wehr- und Zivildienstes sei erfreulich, erfordere von

den Trägern und Einsatzstellen aber auch neue Herangehensweisen. Denn ein freiwillig Engagierter erwarte andere Angebote von den Organisationen, als jemand der einen Pflichtdienst ableiste.

Eine wichtige Frage sei auch, welche weiteren Attraktivitätssteigerungen es beim FSJ und FÖJ geben könne, um die Rahmenbedingungen für ein Engagement junger Menschen dort weiter zu verbessern. Natürlich seien die derzeitigen Zahlen bei FSJ und FÖJ positiv. Doch diese müssten auch auf dem jetzigen hohen Niveau gehalten werden, wenn es keine doppelten Abiturjahrgänge mehr gebe und sich die demografische Entwicklung noch stärker bemerkbar mache. Von daher sei es sinnvoll, über neue attraktivitätssteigernde Angebote nachzudenken. Er würde auch gern wissen, ob es bereits Zahlen zu den Veränderungen beim allgemeinen FSJ, beim FSJ Sport, FSJ Kultur und FÖJ gebe.

Der Abgeordnete fährt fort, er wolle auf zwei nicht so erfreuliche Rückmeldungen hinweisen, die er erhalten habe. Zum einen habe es das Ansinnen von einigen zentralen Stellen, eventuell auch vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, gegeben, FSJ- in Bundesfreiwilligendienstplätze umzuwandeln und die Verträge entsprechend zu ändern. Er hoffe, dass es sich dabei um Einzelfälle und nicht um eine Strategie des Bundesamtes oder des BMFSFJ handele. Zum anderen wüsste er gerne, ob das Ministerium inzwischen bei der pädagogischen Begleitung weitergekommen sei. Angekündigt worden seien passgenaue Seminarangebote für die über 27-Jährigen, die sich von denen für die jungen Freiwilligendienstleistenden unterscheiden sollten.

Seine letzte Bemerkung beziehe sich auf die AWO-Kampagne. Deren Vorsitzender Wolfgang Stadler habe ihm erklärt, dass die jungen Menschen gar nicht merken sollten, ob sie bei der AWO einen Bundesfreiwilligendienst oder ein FSJ absolvierten. Es gebe aber immer noch kleine Unterschiede zwischen den Diensten, die für die jungen Menschen spürbar seien. Er hoffe, dass es hier weitere Verbesserungen geben werde. Es bleibe zudem die grundsätzliche Frage nach der Notwendigkeit von zwei Diensten. Die AWO-Kampagne könnte aus seiner Sicht auch für andere Sozialverbände und Träger ein Beispiel sein. Denn die Zahlen zeigten, dass es gelungen sei, junge Menschen erfolgreich anzusprechen. Ob das Angebot auch attraktiv genug sei, um junge Menschen dauerhaft zu binden, müsse sich noch zeigen. Ihn interessiere, ob sowohl der Erfolg der Kampagne bei der AWO als auch der des Gesetzes zur Einführung des Bundesfreiwilligendienstes wissenschaftlich evaluiert werde.

Abg. **Ute Kumpf** (SPD) weist darauf hin, dass ihr die Situation vor Ort gänzlich anders geschildert werde, als sie Herr Dr. Kreuter und Herr Hackler dargestellt hätten. Man sollte daher die noch bestehenden Probleme bei der Umsetzung des Bundesfreiwilligendienstes auch nicht schön reden. Die Diakonie habe ihr z. B. mitgeteilt, dass sie auf Druck des Ministeriums FSJ-Plätze umwidmen sollte, damit Bundesfreiwilligendienstplätze besetzt würden. Die Diakonie habe sich geweigert, weil man Gespräche mit Bewerbern für ein FSJ geführt habe. Zu Verunsicherungen habe auch geführt, dass einige Fragen beim Bundesfreiwilligendienst, wie z. B. die Zahlung des Kindergeldes, die Anerkennung als Praktikum oder die Rückkehr nach dem Ausstieg aus dem Ausbildungsjahrgang, noch ungeklärt gewesen seien. Die meisten Bewerber hätten sich daher für das FSJ entschieden. Aufgrund der Intervention des Ministeriums hätten die Träger aber zurückrudern müssen. Die Diakonie werde ihre FSJler weiter behalten und habe auch nicht den Druck von Seiten des Ministeriums an die jungen Freiwilligen weitergegeben, mit denen sie schon FSJ-Verträge gemacht habe. Allerdings werde die Diakonie dadurch in diesem Jahr Mehrkosten von 400.000 Euro haben, da das Ministerium die Förderung von FSJ-Plätzen von 1.000 auf 700 Plätze zurückgefahren habe. Insofern fordere sie an dieser Stelle mehr Ehrlichkeit bei der Darstellung.

Beim Deutschen Roten Kreuz stelle sich die Situation ähnlich dar. Es habe nur 300 von 1.600 ehemaligen Zivildienststellen mit Interessierten für den Bundesfreiwilligendienst besetzen können. Das sei eine erhebliche Lücke. Viele Stellen habe man nicht als Bundesfreiwilligendienstplätze ausschreiben können, da es sich um klassische Rettungssanitätärstellen mit nicht übertragbarem Profil gehandelt habe. Auch wenn die Kindergeldfrage nun geklärt sei, gebe es also noch einiges auf- und nachzuarbeiten. Sie interessiere z. B., ob das Ministerium daran arbeite, dass der Bundesfreiwilligendienst als Praktikum für Hochschulstudiengänge tatsächlich anerkannt werde, wie dies beim FSJ der Fall sei.

Ein Problem gebe es auch bei dem für den Bundesfreiwilligendienst notwendigen Führungszeugnis von Migranten. Diese erhielten kein Führungszeugnis, um den Bundesfreiwilligendienst absolvieren zu können, wenn sie in Deutschland nur geduldet seien. Dieser Fall sei z. B. bei der Caritas in Stuttgart aufgetreten. Es sei auch nicht so, dass alle Institutionen gut auf den Bundesfreiwilligendienst vorbereitet gewesen seien. Es habe hier viele Irritationen gegeben, z. B. bei der Waisenrente. Bewerber hätten zum Teil die Information erhalten, dass sie den Anspruch auf Waisenrente verlieren würden, wenn sie ei-

nen Bundesfreiwilligendienst absolvierten. Dies habe dazu geführt, dass einige Bewerber den Dienst gar nicht erst angetreten hätten. Insofern könne man nicht davon sprechen, dass beim Bundesfreiwilligendienst alles sehr gut angelaufen sei. Das Ministerium sollte vielmehr bei den angesprochenen Problemen nacharbeiten, um im nächsten Jahr mehr junge Menschen für den Bundesfreiwilligendienst gewinnen zu können. Die Arbeiterwohlfahrt habe mit ihrer Strategie, keinen Unterschied zwischen den Freiwilligendienstformaten zu machen, einen Weg gewiesen, wie dies funktionieren könne.

Hinsichtlich der Gewinnung von Älteren für den Bundesfreiwilligendienst bestehe in Regionen mit niedriger Arbeitslosenquote zum Teil das Problem, dass die Träger nicht das gewünschte Personal für die Freiwilligendienste bekämen. Denn Bewerber, die sich selbst in einer schwierigen Lebenssituation befänden, seien nicht ohne Weiteres in einem Freiwilligendienst einsetzbar. Langzeitarbeitslose hätten z. B. oft erst einmal mit eigenen Problemen zu kämpfen und bräuchten selber eine Begleitung, bevor sie eingesetzt werden könnten. Hinzu komme, dass Träger und Einsatzstellen zum Teil unterschiedliche Interessen hätten. Die Einsatzstellen seien oft froh, für ihre Einrichtungen überhaupt Einsatzkräfte zu bekommen. Bekanntlich könne auch jemand aus dem europäischen Ausland einen Bundesfreiwilligendienst absolvieren. Zum Teil gebe es die Befürchtung, dass bei Sozialeinrichtungen Druck entstehen könnte, solche Bundesfreiwilligendienstleistende einzusetzen, da sie keine deutschsprachigen Pflegekräfte mehr fänden. Solche Entwicklungen müsse das Ministerium sorgfältig beobachten und begleiten, damit der Bundesfreiwilligendienst im nächsten Jahr noch mehr Chancen habe und anerkannt werde.

Abg. **Florian Bernschneider** (FDP) erklärt, er wolle zunächst auch eine kurze Bilanzierung vornehmen. Wenn er sich die Teilnehmerzahlen des Bundesfreiwilligendienstes heute anschau und diese mit jenen vergleiche, die noch vor ein paar Monaten gemutmaß worden seien, würde er schon unterstreichen wollen, dass der Bundesfreiwilligendienst sehr gut angelaufen sei. Sicherlich gebe es im Bereich der Anerkennung als Praktikum und bei der Berücksichtigung bei der Studienplatzvergabe – im Vergleich zum FSJ – noch Verbesserungsbedarf. Man müsse jedoch auch berücksichtigen, dass sich das FSJ über 40 Jahre entwickelt habe. Bei den Hochschulen stelle sich die Frage, wie eigenverantwortlich sie darüber entscheiden könnten. Auch als Abgeordneter könne man auf die Hochschule vor Ort zugehen und bei dieser für eine Gleichbehandlung von Bundesfreiwilligendienst und FSJ bei der Anerkennung von Praktika und bei der Studienplatzvergabe werben.

Der Abgeordnete fährt fort, er wolle Frau Döcker stellvertretend für die Wohlfahrtsverbände danken. Denn ohne deren Engagement wäre der Bundesfreiwilligendienst nicht so schnell umsetzbar gewesen. Die von Frau Döcker vorgestellte Kampagne der AWO sei ein Ausdruck für diese hervorragende Arbeit. Er habe zwei ergänzende Fragen. Frau Döcker habe zu Recht darauf hingewiesen, dass bei einer Kampagne eine Fokussierung auf eine bestimmte Zielgruppe notwendig sei. Die AWO habe sich auf die Jüngeren konzentriert. Gleichwohl interessiere ihn, welche Rollen die Älteren bei der AWO spielten und wie sie auf diese zugehe.

Der Vorsitzende habe auf die vom Ministerium aufgelegte Kampagne hingewiesen. Wenn andere Träger auch noch mit eigenen Kampagnen an den Start gingen, stelle sich für ihn die Frage, ob diese Vielfalt nicht irgendwann zu einer Unübersichtlichkeit auf dem Markt führen werde. Zudem hielte er die Einigung auf eine gemeinsame Platzbörse im Sinne einer größeren Übersichtlichkeit für sinnvoll. Sein Versuch, für seinen Heimatwahlkreis Braunschweig eine Einsatzstelle auf dem Portal der AWO und auf [bundesfreiwilligendienst.de](https://www.bundesfreiwilligendienst.de) zu finden, habe zu unterschiedlichen Ergebnissen geführt. Scheinbar liefen die beiden Plattformen noch nicht synchron, was seiner Meinung nach aber wünschenswert wäre, um die Schlagkraft zu erhöhen.

Eine Frage habe er auch an Herrn Dr. Kreuter. Die Koalition habe entschieden, nicht nur die Älteren, sondern auch Jugendliche mit besonderem pädagogischen Förderbedarf in das Bundesfreiwilligendienstgesetz mit hineinzunehmen. Ihn interessiere, ob sich dies bewährt habe und ob die zusätzliche Pauschale tatsächlich helfe. Klar sei auch, dass gerade ältere Freiwilligen spezielle Angebote bräuchten. Das gelte sowohl für den Dienst als auch für die pädagogische Begleitung. Trotzdem sollte man den Bundesfreiwilligendienst auch für einen generationenübergreifenden Dialog nutzen und Ältere und Jüngere beim Arbeiten und Lernen nicht komplett trennen. Was könne man daher tun, um die Generationen im Bundesfreiwilligendienst zusammenzubringen?

Abg. **Heidrun Dittrich** (DIE LINKE.) erkundigt sich bei Frau Döcker, ob es bei der AWO hinsichtlich der persönlichen Anleitung durch Fachkräfte und bei der Aufwandsentschädigung noch Unterschiede zwischen dem FSJ und dem Bundesfreiwilligendienst gebe. Oder sei das angestrebte Ziel, dass Jugendliche gar nicht mehr merkten, ob sie einen Bundesfreiwilligendienst oder einen Jugendfreiwilligendienst absolvierten, schon erreicht? Die ganze Zeit sei viel von der Sichtweise der Freiwilligen, aber kaum von der der



Dienststellen und gar nicht von der der Hilfebedürftigen die Rede gewesen, obwohl es sich bei den Freiwilligendiensten überwiegend um Einsatzfelder im sozialen Bereich handele. Wäre es aus Sicht der Arbeiterwohlfahrt nicht wünschenswert, wenn Kranke, Pflegebedürftige und Kindergartenkinder durch sozialversicherungspflichtig beschäftigte Angestellte betreut würden und was müsste die Bundesregierung tun, damit die AWO tarifvertraglich beschäftigte Fachkräfte einstellen könnte? Allen Anwesenden sei bekannt, dass ihre Fraktion die Arbeitsmarktneutralität des ehemaligen Zivildienstes und der Freiwilligendienste schon immer bezweifelt habe. Wenn z. B. Kinder an die Hand genommen werden müssten, um in den Bus einzusteigen, dann herrsche eine Aufsichtspflicht, die nicht einfach auf Freiwillige übertragen werden könne.

Einen letzten Punkt wolle sie ansprechen. Der Bundestag habe heute einem erweiterten „Rettungsschirm“ für Banken und sonstige Großkonzerne zugestimmt, die an der Krise verdient hätten. Dies werde dazu führen, dass nicht nur in Griechenland, sondern auch in anderen Ländern der Sozialstaat weiter kaputt gespart werde. Davon werde auch Deutschland nicht verschont bleiben. Auch Organisationen und Einsatzstellen würden dadurch möglicherweise gezwungen, ihr hauptamtliches Personal durch Freiwillige zu ersetzen. Die Abgeordnete fragt, ob Frau Döcker diese Gefahr auch sehe und ob sie besonders eine Verdrängung der Arbeitsstellen von Frauen in der AWO erwarte.

Abg. **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bemerkt, wenn die von Herrn Dr. Kreuter vorgetragene Zwischenbilanz zutreffe, dass der Ausstieg aus dem Wehr- und Zivildienst ohne große Verwerfungen und weitgehend reibungslos vonstatten gegangen sei, wäre dies auch für seine Fraktion erfreulich, da diese die Aussetzung gemeinsam mit der Regierung beschlossen habe. Nichtsdestoweniger glaube seine Fraktion, dass die Bundesregierung bei der nun anstehenden Reform der sozialen Sicherungssysteme im Bereich Pflege, Pflegezeitmodelle, Pflegeversicherung dringend nachlegen müsse. Er bitte Herrn Dr. Kreuter zudem, noch einmal deutlich zu machen, welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen das Ministerium aus der Kritik des Bundesrechnungshofes ziehen werde. Dieser habe u. a. die Anzahl der Zivildienstschulen, den nicht belastbaren Personalschlüssel, den fehlenden Zeitplan für den Umbau und die fehlende Aufgabenzuschreibung für 6 Prozent des Personals des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben kritisiert.

Darüber hinaus möchte der Abgeordnete wissen, wann eine Evaluation des Bundesfreiwilligendienstgesetzes geplant sei und ob die vorgeschriebenen Seminartage künftig

nicht auch von zivilgesellschaftlichen Trägern übernommen werden könnten, da diese über viel pädagogische Expertise und Qualität verfügten. Im Anschluss an die Frage der Kollegin Kumpf möchte der Abgeordnete auch wissen, ob es die mit den Trägern vereinbarte Drei-zu-Zwei-Quote noch gebe, welche bis Ende März 2012 zu erfüllen sei. Hinsichtlich des schon angesprochenen privilegierten Zugangs zum Studium interessiere ihn, ob es diesbezüglich Gespräche mit der Kultusministerkonferenz, der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebe, da diese Frage nach seiner Auffassung letztlich nur auf diesen Ebenen gelöst werden könne. Denn es reiche nicht aus, an jede einzelne Hochschule zu appellieren, Bundesfreiwilligendienstleistenden irgendwie einen besseren Zugang zum Studium zu verschaffen.

Der **Vorsitzende** weist für alle, die das angesprochene Thema „Bundesrechnungshof“ nicht einordnen könnten, darauf hin, dass der Bundesrechnungshof die Finanzierungs-kompetenz des Bundes für die Jugendfreiwilligendienste FSJ und FÖJ infrage stelle.

**Dr. Jens Kreuter** (BMFSFJ) wirft ein, dass es inzwischen drei Diskussionspunkte mit dem Bundesrechnungshof gebe. Einer betreffe den Bundesfreiwilligendienst, den der Abg. Gehring angesprochen habe. Auch zu den anderen könne er gerne etwas sagen.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, dass zunächst Frau Döcker mit der Beantwortung der an sie gerichteten Fragen beginne. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit bitte er um eine möglichst knappe Beantwortung.

**Brigitte Döcker** (AWO Bundesverband) betont, der Erfolg der Kampagne lasse sich vor allem an der ständig zunehmenden Zahl abgeschlossener Verträge ablesen. Im Moment sei man dabei, eine Auswertung der Kampagne vorzunehmen. Die Kampagne über Internet, Facebook, Anzeigen, Banner, Großflächenplakate, TV, Funk und Werbemittel habe – das Grundkonzept der Kampagne nicht eingerechnet – insgesamt rund 50.000 Euro gekostet. Eine Agentur habe den Wert der Kampagne berechnet. Er liege bei ungefähr 577.000 Euro. Für TV, Funk und Werbemittel habe man die sozialen Kontingente der Medien genutzt, die die AWO nichts gekostet hätten. Da der TV-Spot gut gemacht gewesen sei, sei er von den Sendern sogar länger als vereinbart gezeigt worden.

Eine wissenschaftliche Evaluation sei im Moment zwar nicht geplant, es gebe aber eine kontinuierliche intensive interne Auswertung. Froh sei sie über die Lösung der Kinder-

geldfrage, die bisher ein wichtiges Problem dargestellt habe. Möglicherweise werde sich die Nachfrage nach dem Bundesfreiwilligendienst dadurch weiter erhöhen. Die Zielgruppe der Älteren habe die AWO auch im Blick. Man habe gerade ein Positionspapier beschlossen, in dem Eckpunkte festgehalten seien, wie sich die Freiwilligendienste vom sonstigen ehrenamtlichen Engagement in der AWO unterscheiden. Hier dürfe es keine Vermischungen geben. Die Frage der Jüngeren und des Generationendialogs würden innerhalb des Verbandes besonders mit dem Jugendwerk der AWO geführt. Dies seien existenziell wichtige Themen für den Verband. Die AWO habe von Anfang an betont, dass es für die Freiwilligen keinen Unterschied zwischen FSJ und Bundesfreiwilligendienst geben solle. Natürlich müssten dafür Systeme verändert werden, was mitunter auch Widerstände mit sich bringe, an denen man aber arbeite.

Zu den Selbstverpflichtungen der AWO zähle, dass Aufgaben von Fachkräften nicht durch Freiwilligendienstleistende übernommen werden dürften. Das Fachkräfteproblem müsse anders gelöst werden. Dies sei auch Teil der verbandlichen Qualitätsstandards. Es dürfe auch kein Freiwilliger allein mit einer Kindergruppe unterwegs sein, sondern eine Begleitung durch eine Fachkraft sei zwingend. Sie gehe auch nicht von einer Verdrängung Hauptamtlicher aus, denn der Verband habe einen guten Namen im Bereich „Qualität in der Pflege“, für den man sich massiv stark gemacht habe. Es widerspräche daher den grundsätzlichen Interessen des Verbandes, wenn Fachkräfte in der Pflege durch Freiwillige verdrängt würden. Diese nicht immer einfache Diskussion führe man in der AWO intensiv. Dass es trotzdem vor Ort manchmal entsprechende Versuche gebe, wolle sie nicht ausschließen. Die Debatte über die Finanzierung von sozialen Diensten und tarifliche Bezahlung führe man woanders. Sie sollte nicht mit dem Bundesfreiwilligendienst vermischt werden.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Döcker herzlich für die komprimierte Beantwortung der Fragen. Als Nächster sei Herr Dr. Kreuter an der Reihe.

Abg. **Ute Kumpf** (SPD) und **Sönke Rix** (SPD) bitten angesichts der fortgeschrittenen Zeit um eine schriftliche Beantwortung der Fragen seitens des Ministeriums.

Der **Vorsitzende** erklärt, Herr Dr. Kreuter habe gebeten, noch zwei Linien skizzieren zu dürfen. Die ausführliche Beantwortung der Fragen solle dann auf schriftlichem Wege erfolgen.

**Dr. Jens Kreuter** (BMFSFJ) betont, er habe in seinen Ausführungen nicht gesagt, dass es *keine* Fragen mehr bei der Umsetzung des Bundesfreiwilligendienstes gebe. Wenn ihm jedoch jemand vor drei Jahren gesagt hätte, dass er weniger als ein Jahr Zeit dafür habe, den Zivildienst komplett abzuwickeln, hätte er dies ebenso wenig für möglich gehalten, wie nun mit den Abgeordneten des Deutschen Bundestages lediglich über Details der vielleicht noch nicht befriedigend geklärten Frage des Führungszeugnisses für Menschen mit Migrationshintergrund oder einer tatsächlich falsch gegebenen Auskunft eines Sozialträger zur Waisenrente zu diskutieren. Ihm sei es wichtig, hervorzuheben, dass die reibungslose Einführung ohne die Verbände und ohne die Einrichtungen vor Ort nicht möglich gewesen wäre. Diese hätten in kürzester Zeit Enormes geleistet, und die vielen Kleinigkeiten, die es hier und da noch zu klären gebe, sollten auch lösbar sein.

Mit Blick auf die Frage des Abg. Gehring weist Herr Dr. Kreuter darauf hin, dass es inzwischen einen neuen Bericht des Bundesrechnungshofes gebe. Die Frage nach der Zahl der Mitarbeiter des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben tauche darin nicht mehr auf, da diese inzwischen alle voll ausgelastet seien. Dies gelte auch für die Bildungszentren, die sogar Einnahmen generierten, da die Inanspruchnahme ihrer Leistungen bezahlt werden müsse. Er sei daher sehr gespannt, ob die Schließungsforderungen auch im nächsten Jahr noch aufrecht erhalten würden, wenn Haushälter und Bundesrechnungshof registriert hätten, dass die Bildungszentren den Bundeshaushalt im Ergebnis sogar entlasteten.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Dr. Kreuter für seine abschließenden Hinweise. Er schlage vor, die Diskussion an dieser Stelle zu beenden und die offenen Fragen schriftlich durch das Ministerium beantworten zu lassen. Er erlaube sich die kurze abschließende Bemerkung, dass man natürlich Kritik daran äußern könne, dass die Wehrpflicht zu schnell ausgesetzt worden sei und die Folgeleistungen mit heißer Nadel gestrickt worden seien. Dennoch sei der Prozess – nach seiner Auffassung – im Großen und Ganzen gelungen, wofür vor allem den Trägern und Einsatzstellen großer Dank gebühre.

#### **Tagesordnungspunkt 4**

##### **Aktuelle Gesetzesvorhaben**

Der **Vorsitzende** schlägt vor, den Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung nicht zu behandeln. Er wolle in der nächsten Sitzung noch einmal die Frage der Kosten für das erweiterte Führungszeugnis von Ehrenamtlichen beim Bundeskinderschutzgesetz ansprechen. Hier sei eine Handreichung für die Kommunen geplant.

#### **Tagesordnungspunkt 5**

##### **Verschiedenes**

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die nächste Sitzung des Unterausschusses am 9. November 2011 stattfinden werde. Außerdem verweist er die Obleute nochmals auf seinen Vorschlag, das nächste Obleutegespräch am 30. November 2011 um 17:30 Uhr abzuhalten. Leider lägen hierzu noch nicht von allen Fraktionen Rückmeldungen vor. Sollte es hinsichtlich des vorgeschlagenen Termins erhebliche Probleme geben, bitte er darüber kurzfristig das Sekretariat zu informieren. Anderenfalls werde die Einladung an die Obleute für den 30. November 2011 ausgesprochen.

Der Vorsitzende schließt die 18. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ und wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend.

Ende der Sitzung um 19:18 Uhr



Markus Grübel, MdB

***Freiwilliges Engagement Jugendlicher im Zeitvergleich  
1999 bis 2009***

*Jugendauswertung des Freiwilligensurveys*

*Vortrag vor dem  
Bundestagsausschuss Bürgerschaftliches Engagement  
Berlin, 26. 10. 2011*

*Sibylle Picot  
Sozialwissenschaftliche Projekte*

## Der Kontext

- Demografische Entwicklung: Jugend als „knappe Ressource“
- Veränderung von Lebenslagen, z. B. komprimierte Ausbildungszeiten, Mobilität, Netzaffinität
- Schichtphänomen BE, Bildungsselektion
- Soziale Integration, Jugendliche mit Migrationshintergrund
- Strukturwandel: „neues Ehrenamt“, „Projektorientierung“?
- Entwicklung der Zivilgesellschaft, greifen politische Maßnahmen?
- Freiwilligendienste: Relation zum Engagement „im Alltag“

# Der Freiwilligensurvey 1999, 2004, 2009

(Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Bürgerschaftliches Engagement)

<b>Auftraggeber:</b>	BMFSFJ
<b>Erhebungszeit:</b>	April-August <b>1999 / 2004 / 2009</b>
<b>Methode:</b>	Telefonische Befragung (CATI)
<b>Stichprobe:</b>	1999 und 2004 je N= <b>15.000</b> , 2009 N= <b>20.000</b> deutschsprachige Personen ab 14 Jahren, Zufallsauswahl
<b>Ziele:</b>	Monitoring durch wiederholte repräsentative Erfassung des <b>Freiwilligen Engagements</b> in allen <b>Bereichen, Formen und Problemlagen</b>
<b>2009:</b>	Aufstockung der Stichprobe finanziert durch Bertelsmann Stiftung und Generali Zukunftsfonds
<b>Befragte 14 -24:</b>	<b>aufgestockte Stichprobe, N=2815</b>

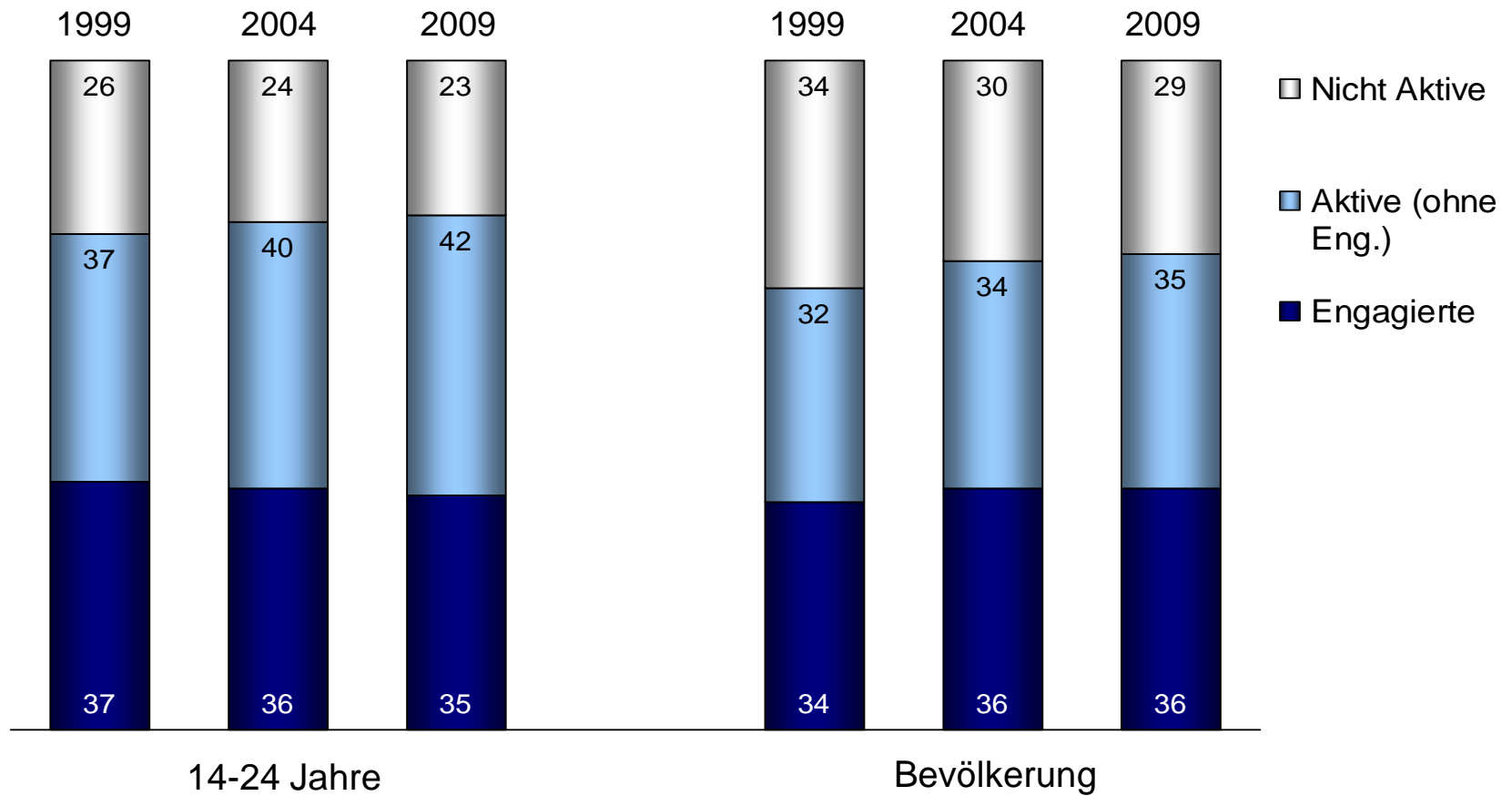


Aktivität Jugendlicher nahm zu.  
Engagement leicht rückläufig,  
gegen den Trend in anderen Altersgruppen

Grafik 1

# Aktivität und freiwilliges Engagement

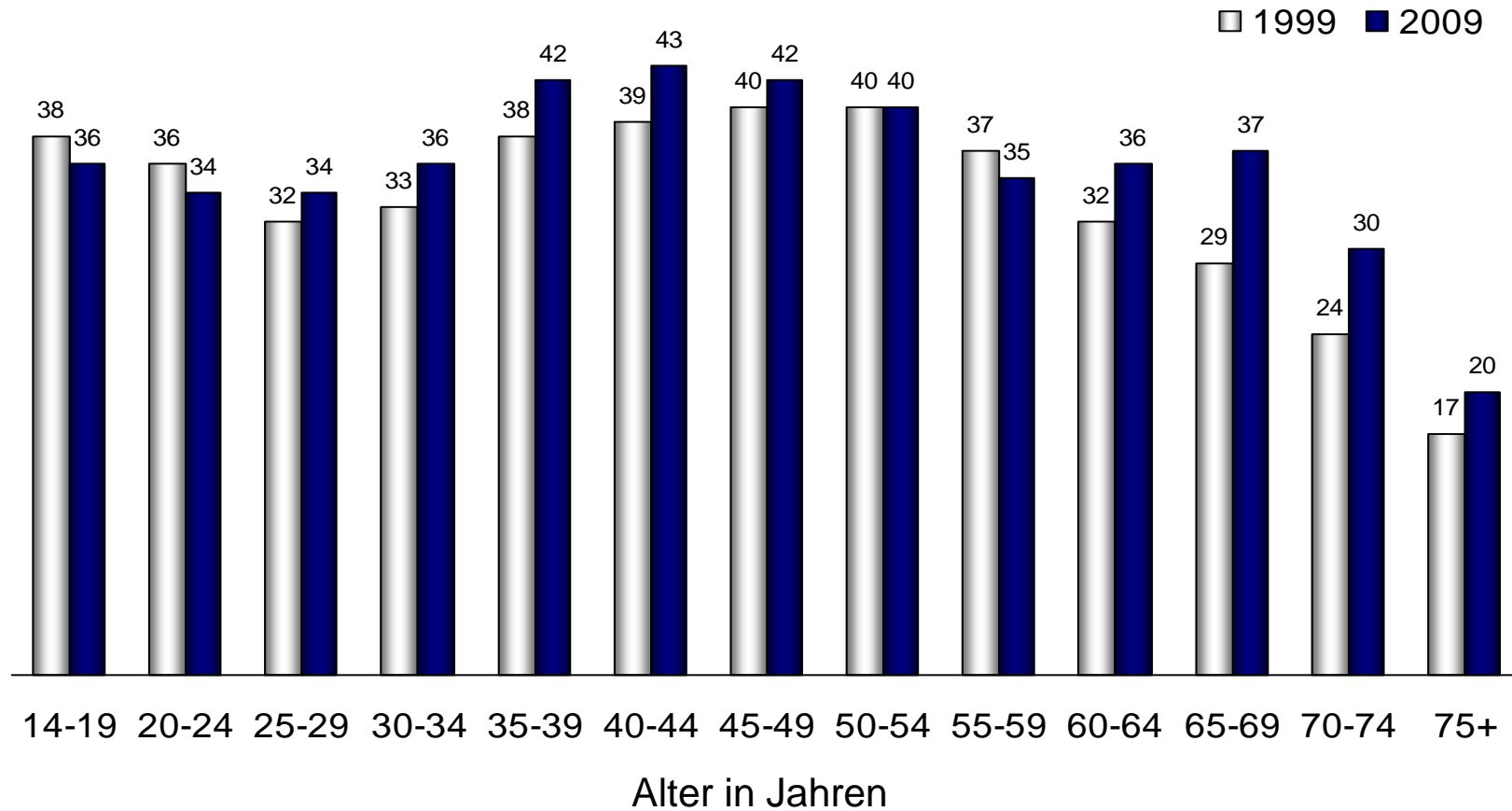
Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



Grafik 2

## Freiwillig Engagierte nach 13 Altersgruppen (1999, 2009)

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



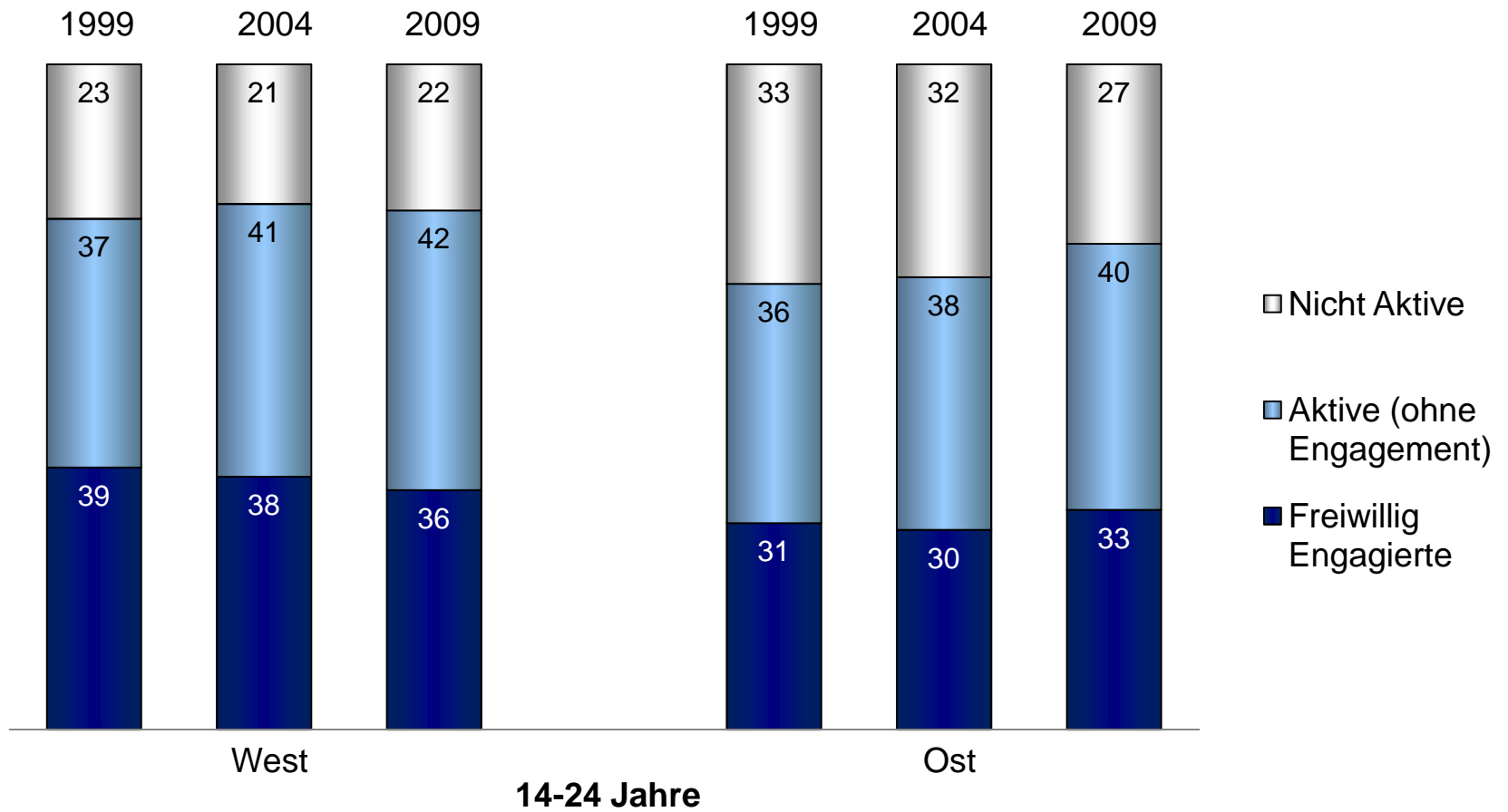
Im Westen weniger, im Osten mehr Engagement

- West: Entwicklungen in Schule und Studium
- Ost: Aufbau von Strukturen

Grafik 3

# Aktivität und freiwilliges Engagement Jugendlicher in West und Ost

Jugendliche 14 - 24 Jahre (Angaben in %)



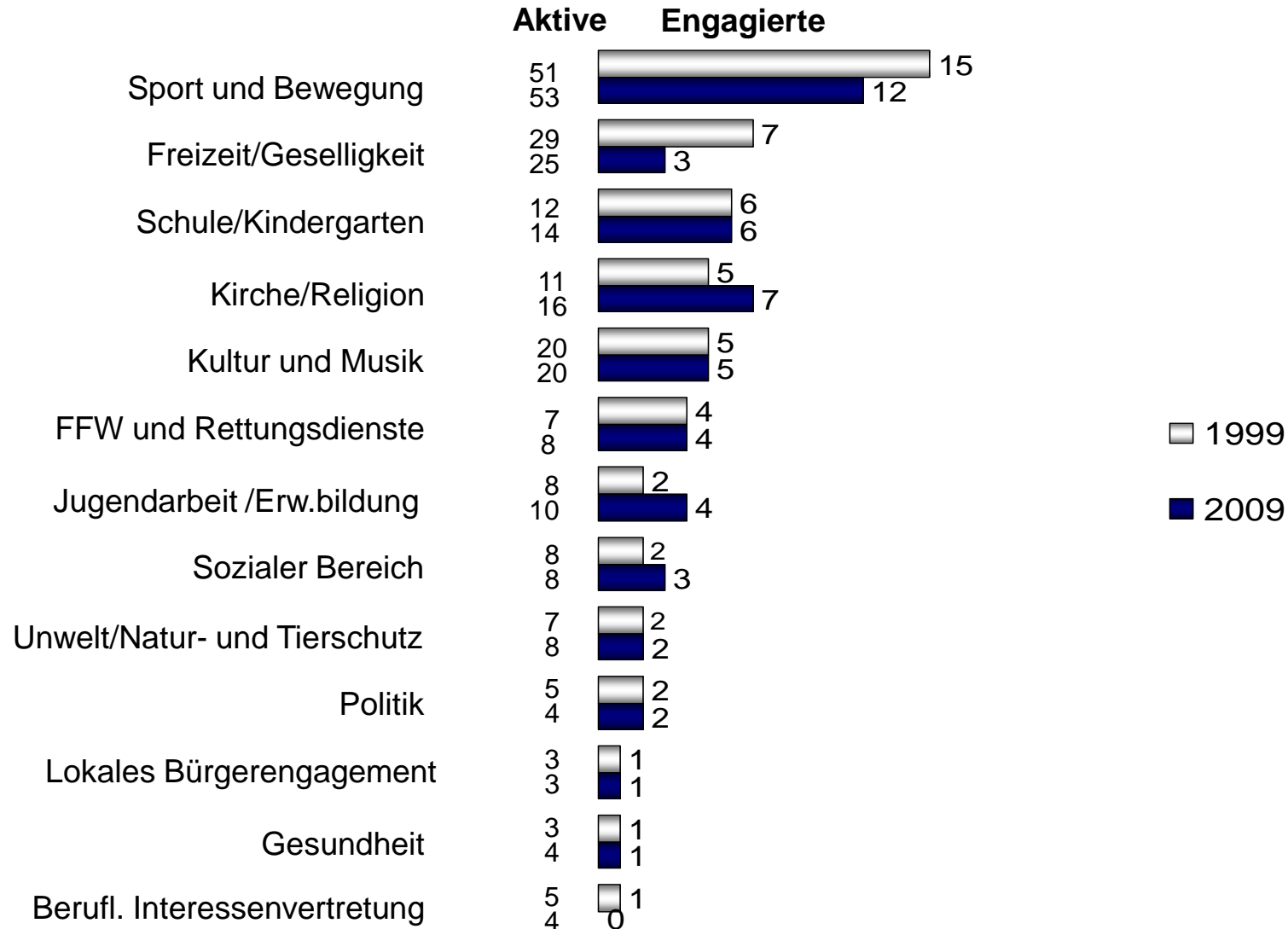
Wo sind Jugendliche aktiv, wo engagieren sie sich?

- Geringeres Engagement: Sport und Freizeit
- Mehr Engagement: Kirche und Jugendarbeit

Grafik 4

# Aktivität und freiwilliges Engagement Jugendlicher (14 bis 24 Jahre) nach Tätigkeitsfeldern

Jugendliche 14 – 24 Jahre (Mehrfachnennungen, Angaben in %)



Engagementbereitschaft Jugendlicher:

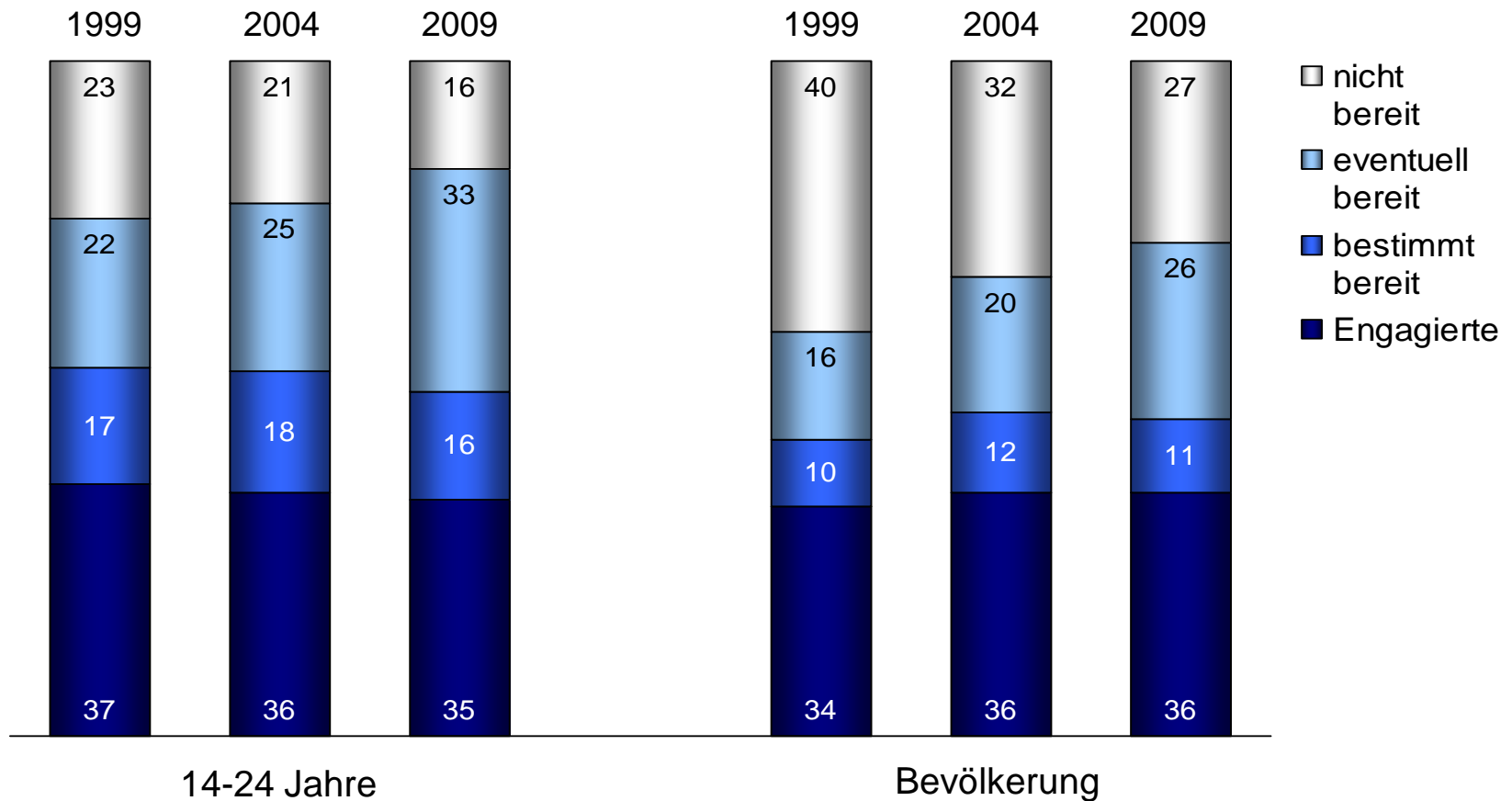
Der gute Wille ist da...



Grafik 5

# Freiwilliges Engagement und Bereitschaft zum freiwilligen Engagement

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



Auch die Bereitschaft der bereits Engagierten,  
sich für interessante neue Aufgaben zu engagieren,  
nahm zu.

## Jugendliche verwenden weniger Zeit für freiwilliges Engagement\*

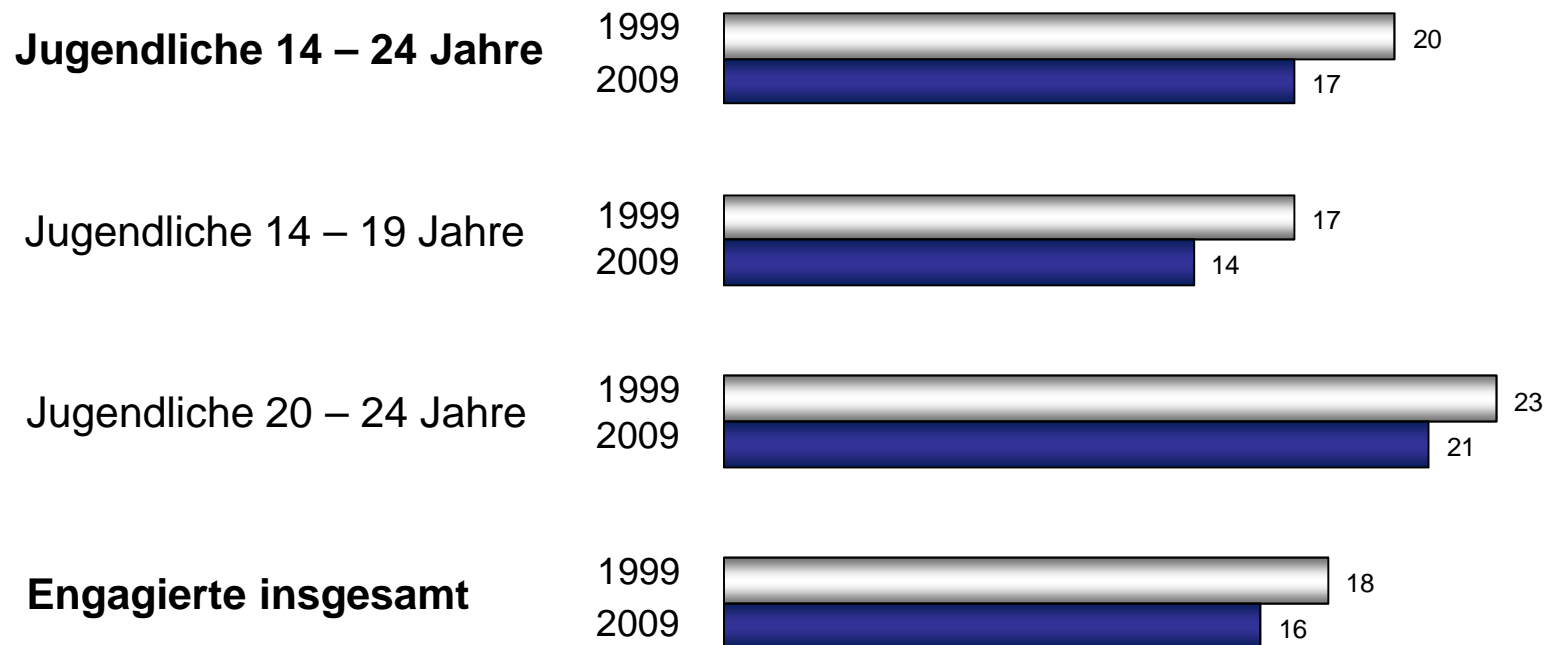
- deutlicher Rückgang im oberen Stundenbereich
- besonders bei den 14- bis 19-Jährigen
- starke Tendenz bei den Schülern
- viel selteneres Engagement Jugendlicher bei zweiter Tätigkeit

\* Gemessen mit drei Fragen: alle Tätigkeiten, Stunden pro Woche / erste Tätigkeit, Stunden pro Monat / erste und zweite Tätigkeit, Häufigkeit pro Woche

Grafik 6

## Zeitaufwand, pro Monat (in Stunden)

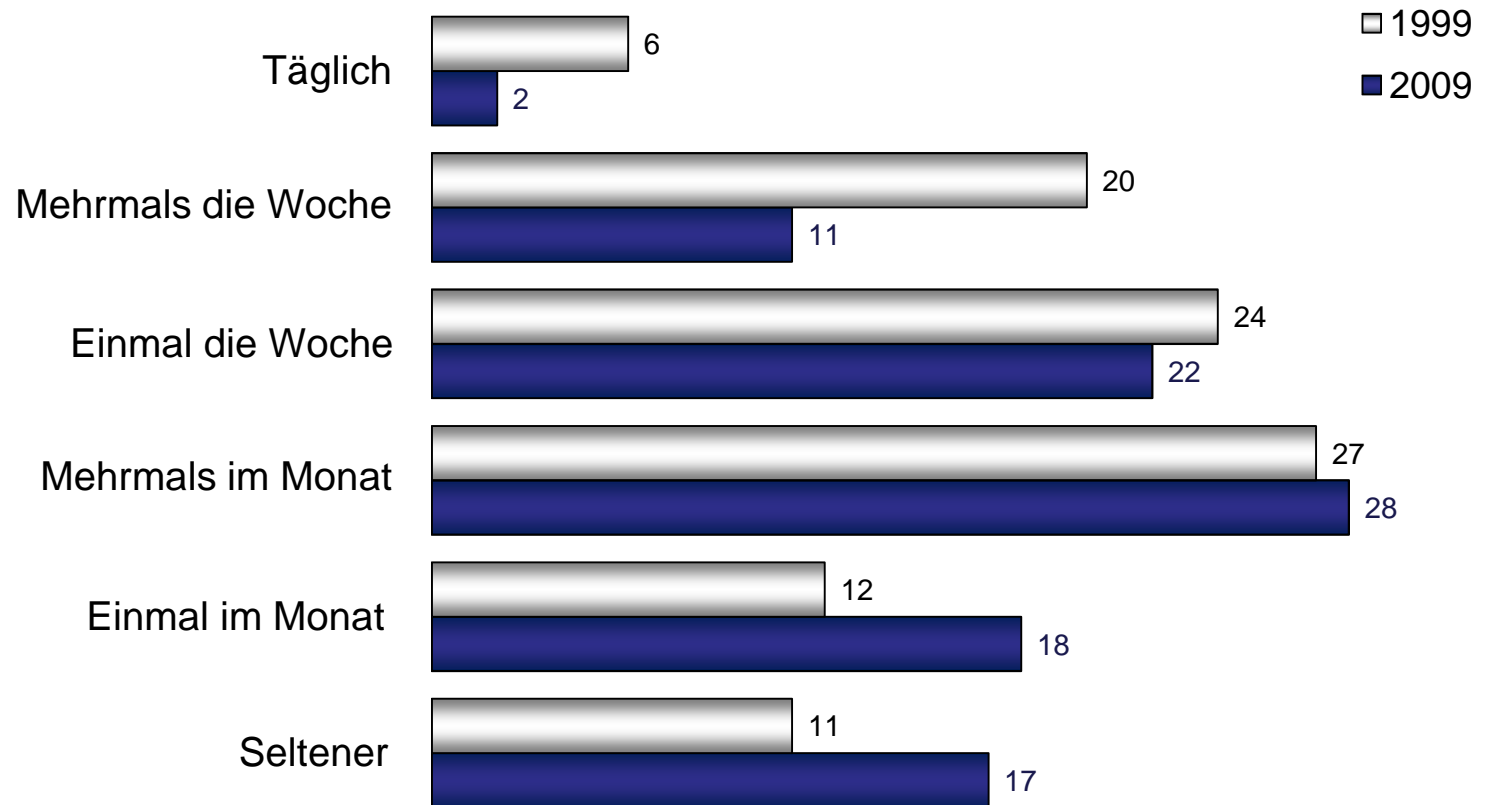
Engagierte ab 14 Jahren mit ihrer ersten, zeitaufwändigsten freiwilligen Tätigkeit (Durchschnittswerte, Angaben in Stunden)



Grafik 7

## Häufigkeit der Ausübung der freiwilligen Tätigkeiten

Engagierte 14 – 24 Jahre mit ihrer zweiten freiwilligen Tätigkeit (Angaben in %)



Weniger Engagement bei Schülern und Studierenden,  
aber nicht bei allen

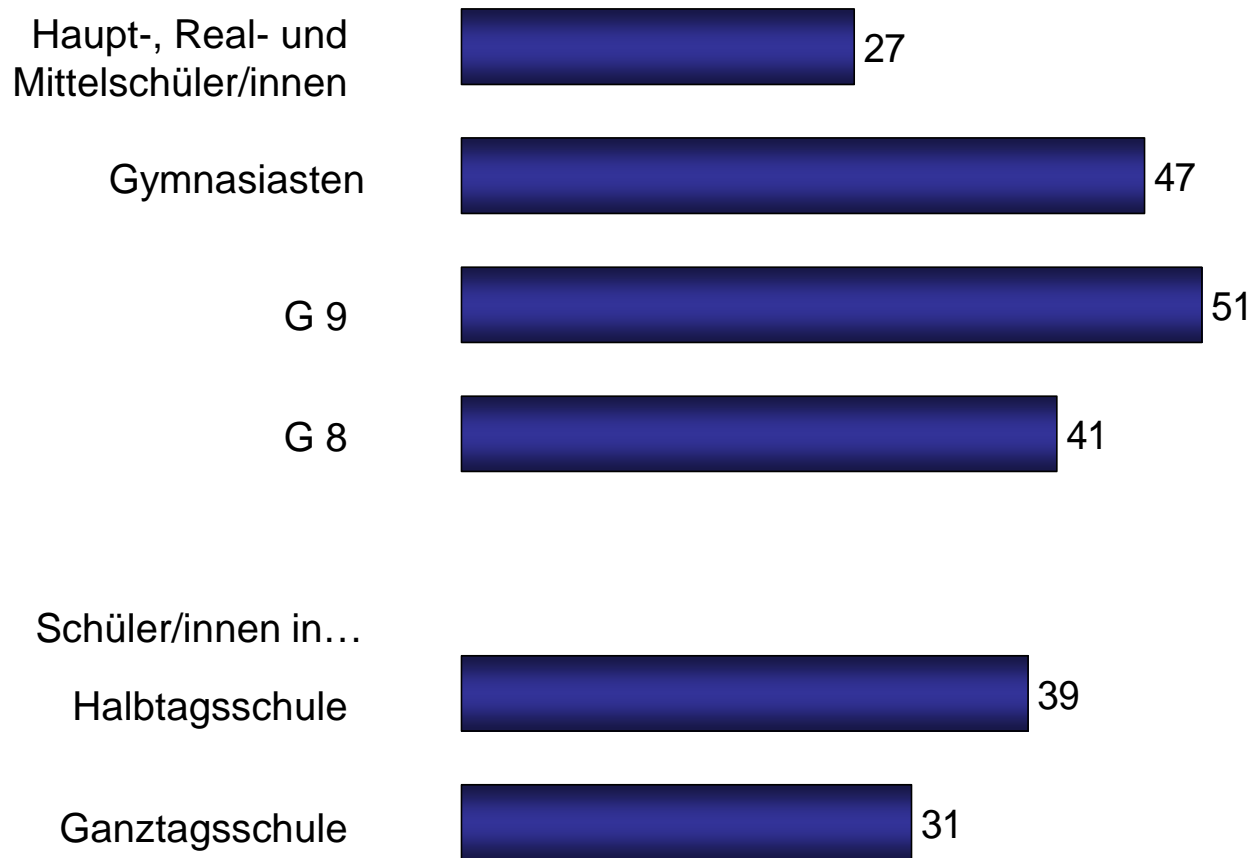
- Komprimierte Ausbildungszeit

- Trend zum ganztägigen Unterricht

Grafik 8

## Freiwilliges Engagement von Schülerinnen und Schülern (2009)

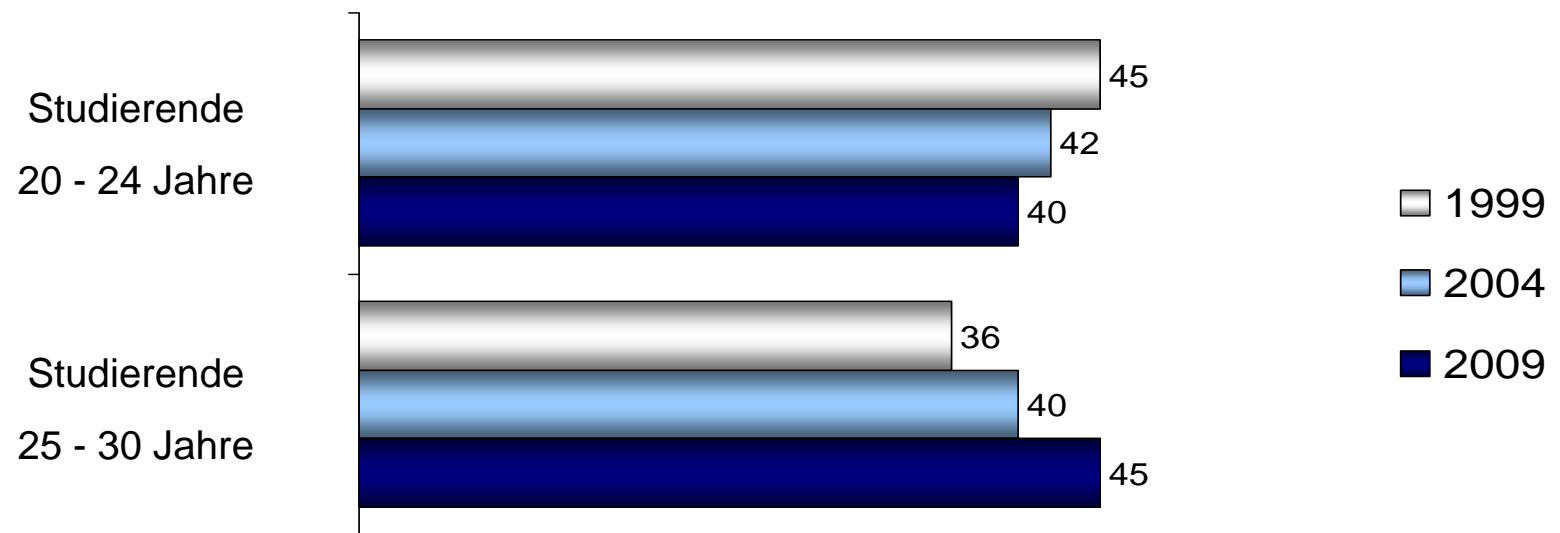
Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



Grafik 9

# Freiwilliges Engagement von Studierenden im Alter von 20 bis 30 Jahren

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)





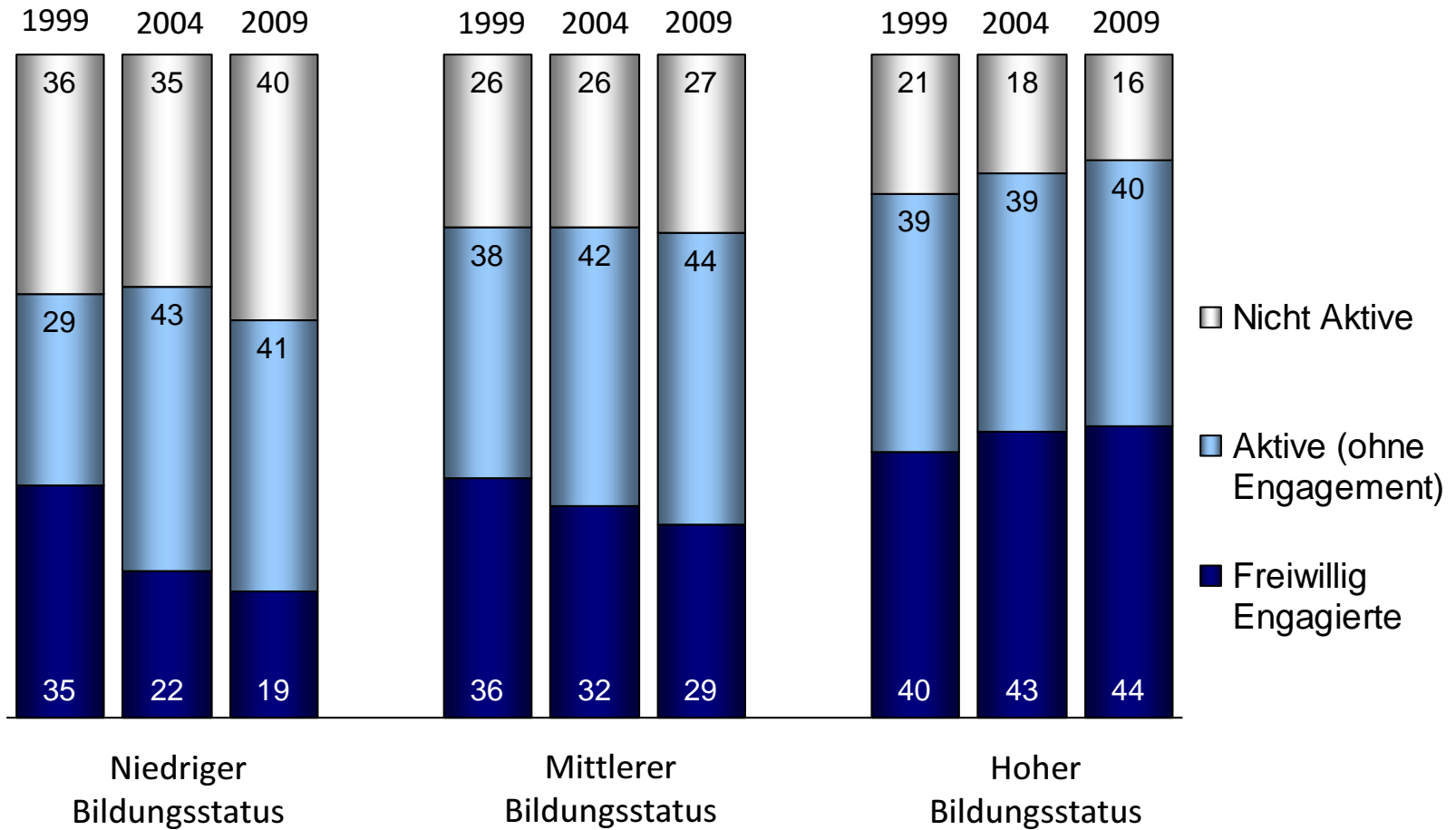
Freiwilliges Engagement: ein Schichtphänomen

Zunehmende bildungsspezifische Selektion

Grafik 10

# Aktivität und freiwilliges Engagement nach Bildungsstatus

Jugendliche 14 - 24 Jahre (Angaben in %)



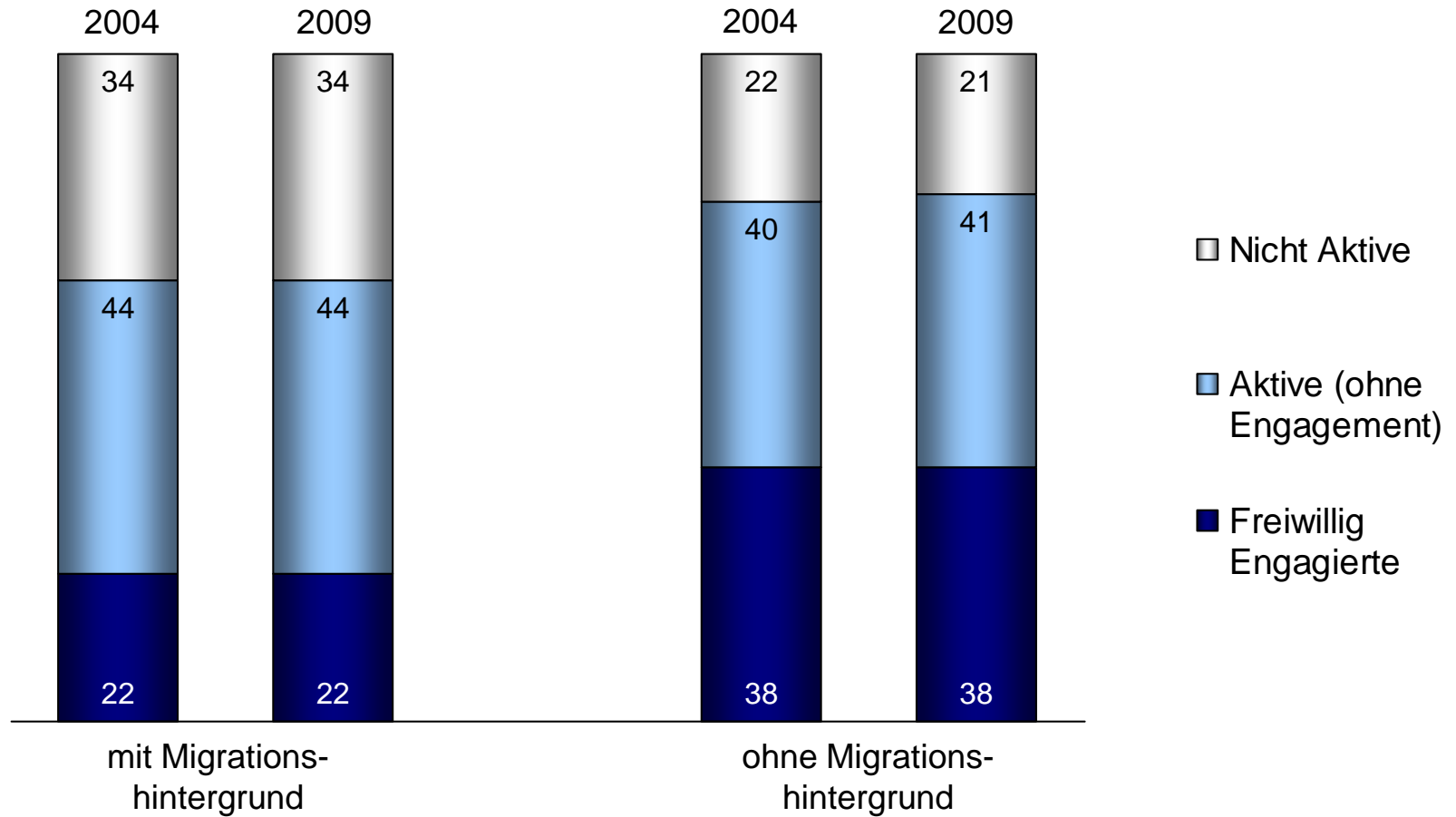
## Jugendliche mit Migrationshintergrund

- weniger oft „öffentlich aktiv“
- weniger oft engagiert
- aber bereit dazu
- Schlüssel: die Distanz zu zivilgesellschaftlichen Strukturen

Grafik 11

# Aktivität und freiwilliges Engagement bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund

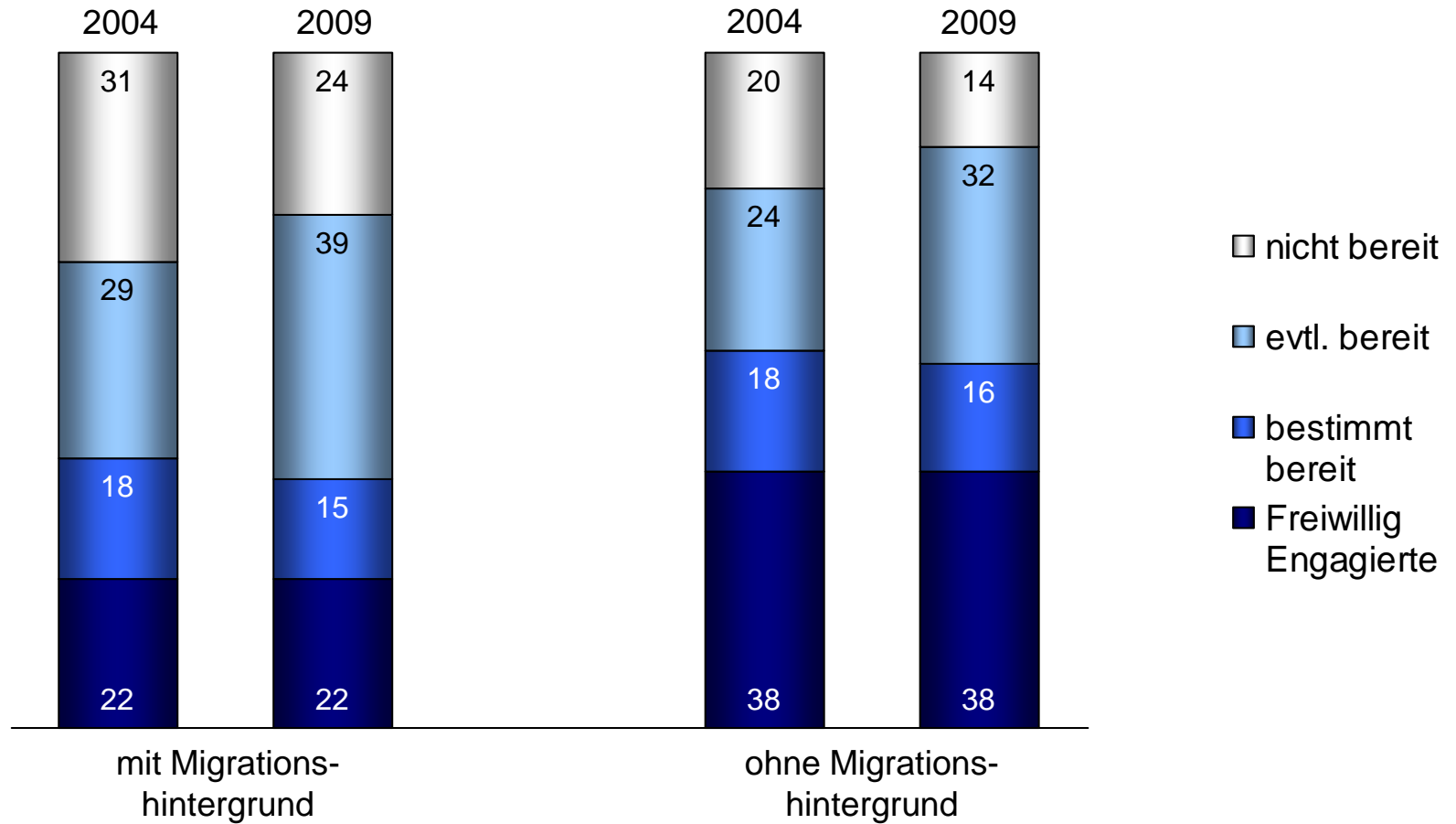
Jugendliche 14 - 24 Jahre (Angaben in %)



Grafik 12

# Engagementbereitschaft bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund

Jugendliche 14 – 24 Jahre (Angaben in %)



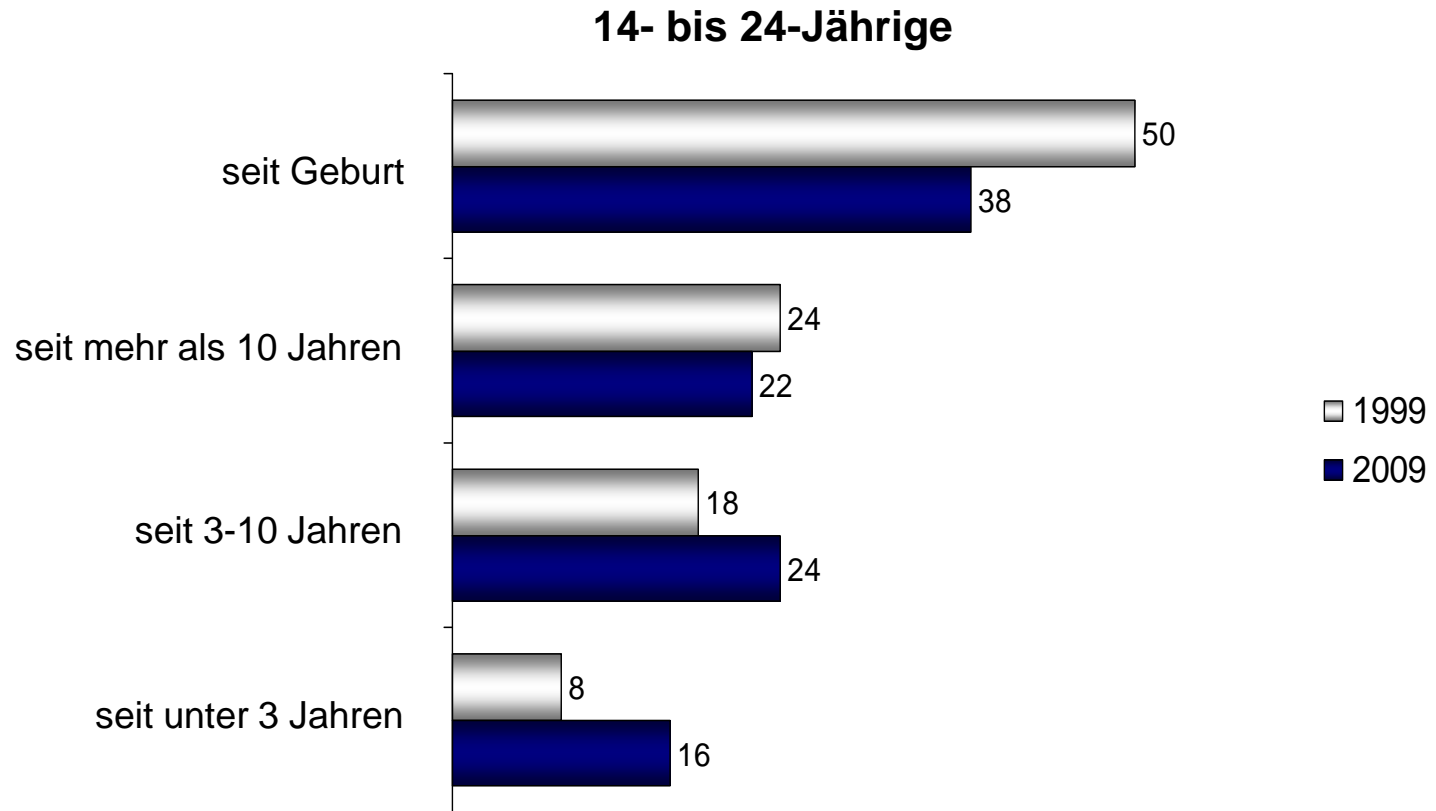
## Engagement und sozialer Zusammenhalt in Zeiten zunehmender Mobilität

- Anteil der seit Geburt am Wohnort lebenden Jugendlichen stark rückläufig
- Weniger große Freundeskreise
- Weniger Bereitschaft, Hilfe zu leisten

Grafik 13

## Dauer der Ortsansässigkeit bei jungen Menschen

Jugendliche 14 - 24 Jahre (Angaben in %)



Was beeinflusst das Zustandekommen von Engagement?  
Das Gewicht verschiedener Einflussfaktoren



## **Einflussfaktoren des Engagements (2009)**

Auswahl aus Erklärungsmodell für Bevölkerung ab 14 Jahren und Jugendliche 14 - 24 Jahre  
 (+ = positiver Zusammenhang von 0.3 bis 0.8 etc. / n. s. = nicht signifikant)

<b>Merkmal</b>	<b>Jugendliche</b>	<b>Bevölkerung</b>
Höheres Lebensalter	-	--
Geschlecht männlich	+	+
Westdeutschland	n. s.	n. s.
Großstadt	--	--
Befriedigende wirtschaftliche Lage	n. s.	+
Kein Migrationshintergrund	+	+
Mittlerer Bildungsstatus	++	+
Hoher Bildungsstatus	++++	++
Großer Freundeskreis	++	++
Seit Geburt am Wohnort	+	n. s.
Hilfe für andere	++	++
Kirchenbindung	++	++
Mitgliedschaft in Verein / Organisation	++++++	++++++
Materialismus / Hedonismus	-	-
Idealismus	+	+
Konvention	-	-
Starkes politisches Interesse	++	++

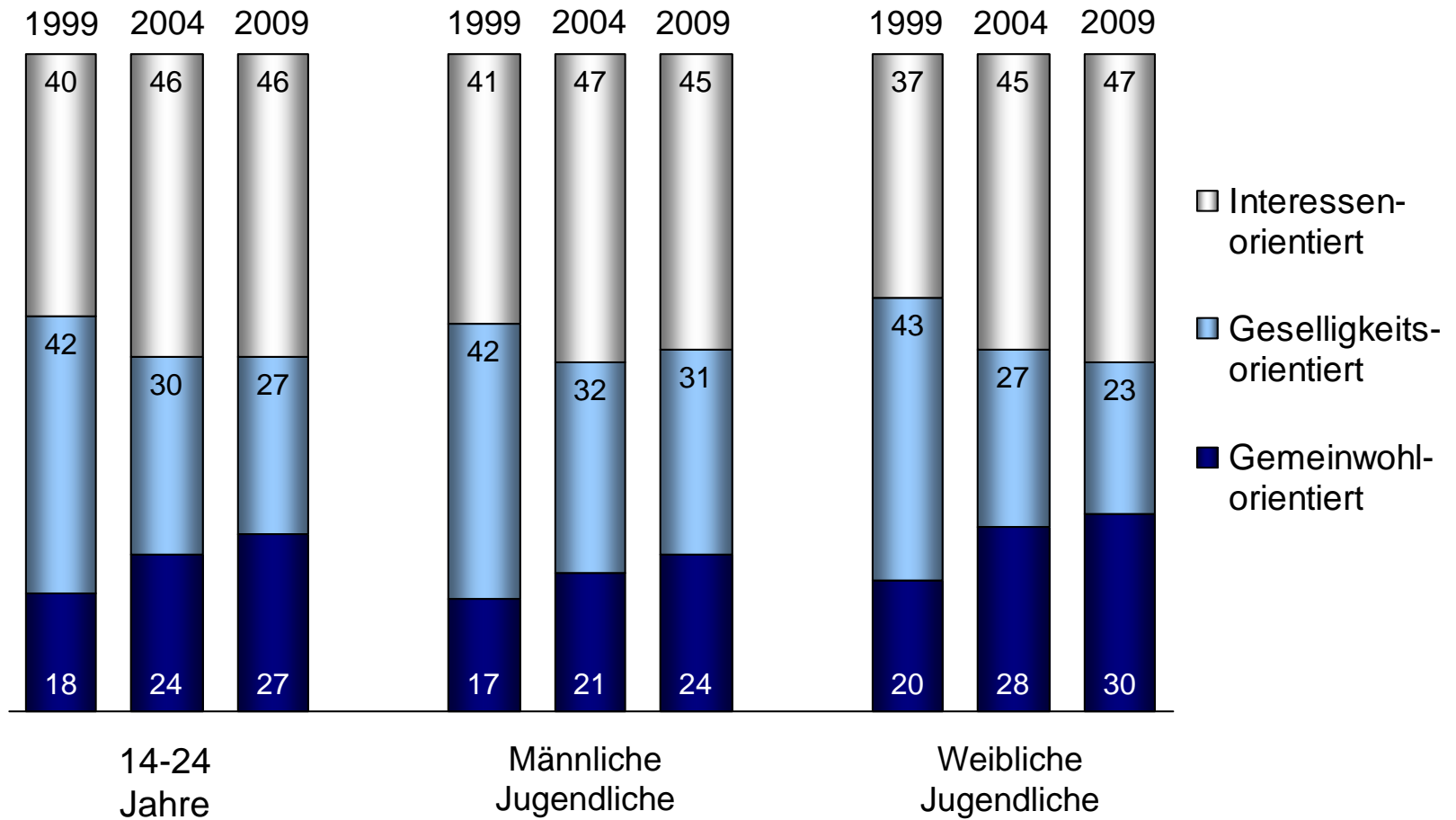
## Motive und Motivwandel im freiwilligen Engagement

- Geselligkeits- bzw. Spaßorientierung geht zurück
- stärkere Interessenorientierung
- stärkere Gemeinwohlorientierung

Grafik 14

## Typologie der Erwartungen an das freiwillige Engagement bei Jugendlichen nach Geschlecht

Engagierte Jugendliche 14 – 24 Jahre (Angaben in %)



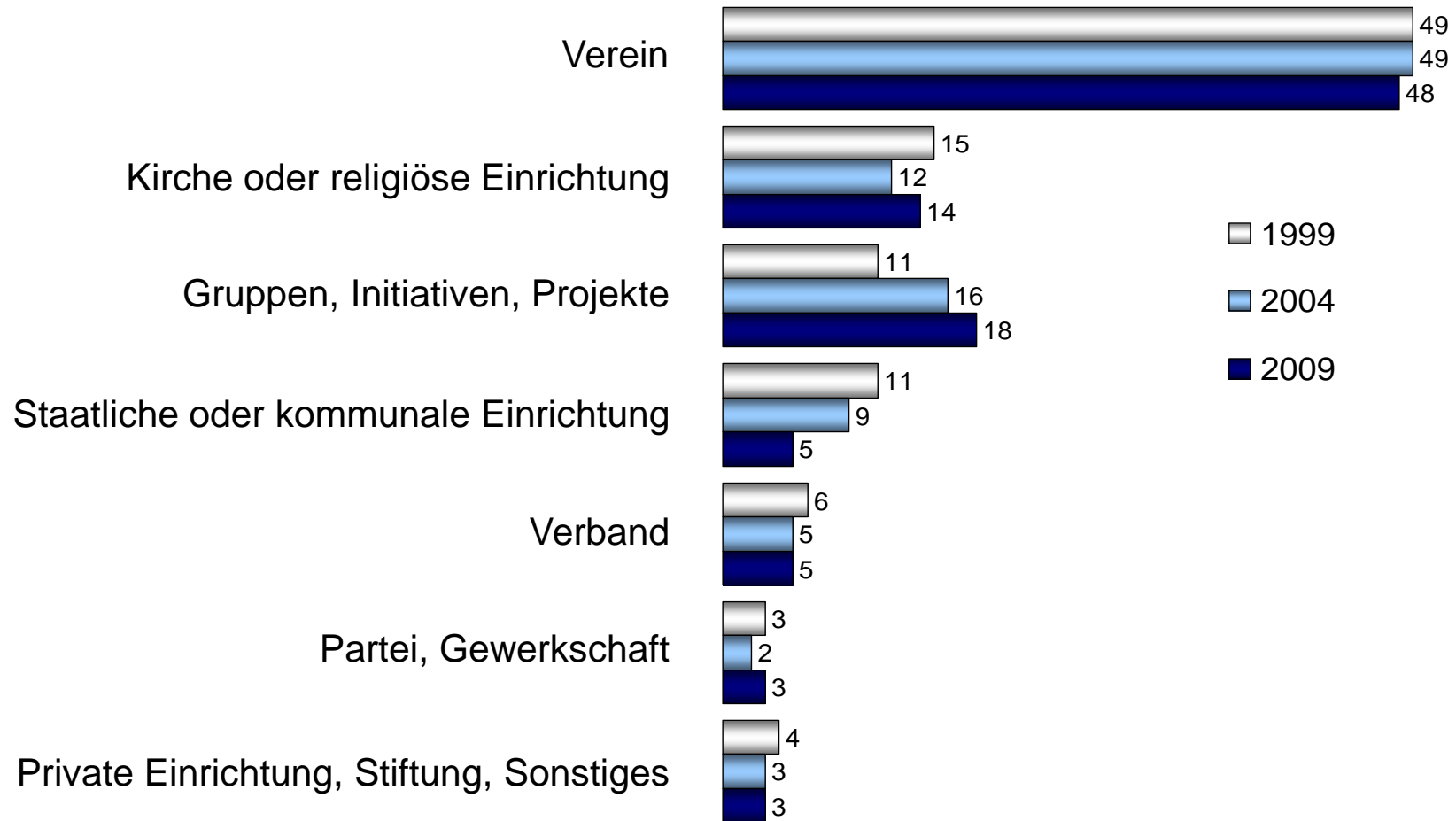
## Die „pragmatische Generation“ und ihre Wertprioritäten

- relativ stabiles Wertesystem, aber
- mittel- und langfristig Trend zu konservativerer Grundhaltung (Konventionalismus und Materialismus nehmen zu, postmaterielle Werte und Engagementwerte nehmen ab)
- Einfluss auf das Zustandekommen von Engagement jedoch gering
- Einfluss darauf größer, warum und wo man sich engagiert

Strukturen des Engagements:  
Mehr Projekte, mehr Kurzfristigkeit?

# Organisatorischer Rahmen des freiwilligen Engagements Jugendlicher

Engagierte Jugendliche 14 - 24 Jahre mit ihrer zeitaufwändigsten freiwilligen Tätigkeit (Angaben in %)



## Strukturen des Engagements Jugendlicher:

Viel weniger Wandel als angenommen

- Mehr Projekte und Gruppen ja,
- aber unter dem Dach der Schule.
- Hauptort des Engagements bleibt der Verein.
- Engagement keineswegs häufiger begrenzt, kurzfristiger oder unregelmäßiger (78% „unbegrenzt“)

## Internet und Engagement

- erheblich häufigere Nutzung im Rahmen des Engagements
- 20- bis 30-Jährige häufigste Nutzer
- stärkerer Akzent auf Vernetzung
  
- im Internet verbrachte Zeit bei Jugendlichen enorm gestiegen\*
- Zusammenhang Internetnutzung / Engagementquote kaum erkennbar\*
- Zusammenhang Internetnutzung und politische Partizipation\*

\* Shellstudien und DJI-Studie



## Positive Entwicklungen / Wahrgenommene Verbesserung der Rahmenbedingungen

- Bei Jugendlichen mehr als bei Älteren: Rahmenbedingungen des Engagements werden als weniger defizitär erlebt.  
(Engagement stärker im Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit! Positivere Grundhaltung)
- Jugendliche fühlen sich den Anforderungen im Engagement besser gewachsen als früher.

## Fazit

- Teils problematische Entwicklung von Lebenslagen, aber auch positive Entwicklungen von Zivilgesellschaft bzw. Rahmenbedingungen.
- Teile der jungen Generation im Engagement zu wenig vertreten. Lern- und Qualifikationseffekte des Engagements kommen Jugendlichen mit niedrigem Bildungsstatus und Migranten kaum zugute.
- Engagementförderung ist auch gesellschaftspolitische Aufgabe. Schlüssel liegt im Bildungssystem.
- Verkürzung der Ausbildungszeiten bei gestiegenen Anforderungen erhöht den (Zeit-) Druck mit entsprechenden Auswirkungen auf das Engagement.
- Angesichts der Entwicklung zur Ganztagschule (bzw. ganztätigem Unterricht) muss Engagementförderung stärker im schulischen Kontext ansetzen. Die Chancen in diesem Bereich sollten stärker genutzt werden.
- Engagement braucht Nähe zu zivilgesellschaftlichen Strukturen. Früh und für alle.
- Wo immer möglich, sollte im und durch Engagement Qualifizierung stattfinden.

## Ausblick und offene Fragen

- Demografie: Jugend erlebt sich als „gefragt“. Muss nicht um ihren Platz in der Gesellschaft bangen.
- „Pragmatische Generation“ nicht für alle Zeiten. Mehr Mut zur Gestaltung? Stärkere Politisierung, verstärkt wertgebundenes Engagement?
- Entwicklung des sozialen Zusammenhalts. Einfluss Netzwerkpflge im Internet auf „reale“ soziale Netzwerke und Strukturen der Zivilgesellschaft
- Wechselwirkungen: Komprimierte Ausbildungszeit / Freiwilligendienste aller Art / Engagement „im Alltag“

*Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!*

[www.awo-freiwillich.de](http://www.awo-freiwillich.de)  
[info@awo-freiwillich.de](mailto:info@awo-freiwillich.de)



**FREIWILLIG  
ENGAGIERT  
MIT DER  
AWO.**



**JETZT BEWERBEN UNTER:  
[www.awo-freiwillich.de](http://www.awo-freiwillich.de)**



## **Gewinnung junger Menschen für bürgerschaftliches Engagement – die AWO-freiwillich-Kampagne**

Brigitte Döcker | Vorstandsmitglied des AWO Bundesverbandes e.V.

27. Oktober 2011



# Kampagnenmotive



**freiwilllich!**  
Freiwillig engagiert mit der AWO.

**AWO** | **freiwilllich!**  
Freiwillig engagiert mit der AWO.

**DU BRAUCHST KEIN AUTO, UM MENSCHEN ZU BEWEGEN.**

Freiwillig engagiert mit der AWO.

**JETZT BEWERBEN UNTER:  
[www.awo-freiwillich.de](http://www.awo-freiwillich.de)**

**AWO** | **freiwilllich!**  
Freiwillig engagiert mit der AWO.

**DU BRAUCHST KEINEN MUT, UM FÜR ANDERE EIN HELD ZU SEIN.**

Freiwillig engagiert mit der AWO.

**JETZT BEWERBEN UNTER:  
[www.awo-freiwillich.de](http://www.awo-freiwillich.de)**

**AWO** | **freiwilllich!**  
Freiwillig engagiert mit der AWO.

**DU BRAUCHST KEINE MUSKELN, UM STARKE ZU ZEIGEN.**

Freiwillig engagiert mit der AWO.

**JETZT BEWERBEN UNTER:  
[www.awo-freiwillich.de](http://www.awo-freiwillich.de)**

# Kampagnenmotive



**freiwilllich!**  
Freiwillig engagiert mit der AWO.

freiwilllich! | Freiwilligendienst der AWO | Home - Windows Internet Explorer

http://www.awo-freiwillich.de/home/

Favoriten Deko-Engels GmbH Web Slice-Katalog

freiwilllich! | Freiwilligendienst der AWO | Home

Log Out | AWO Intern | Impressum | Kontakt | + Schrift - | Suche

**AWO** **freiwilllich!**  
Freiwillig engagiert mit der AWO.

**HOME**

- FREIWILLIGENDIENSTE
- BUNDESFREIWILLIGENDIENST
- FREIWILLIGES SOZIALES JAHR
- EINSATZMÖGLICHKEITEN
- EINSATZSTELLENBÖRSE
- ÜBERSICHTKARTE
- ERFAHRUNGSBERICHTE
- DIE AWO

Der TV-Spot zur Kampagne [Hier ansehen!](#)

**DU MUSST NICHT REICH SEIN, UM VIEL GEBEN ZU KÖNNEN.**

Einsatzstelle suchen – und finden!

Partner:

Gefällt mir 967

**AWO**

**WARUM ICH MICH FREIWILLIG BEI DER AWO ENGAGIERE?**

**freiwilllich!**  
engagiert mit der AWO.

## Eckdaten der Kampagne



**freiwilllich!**  
Freiwillig engagiert mit der AWO.

Partner:



Eingesetzte Werbemittel:

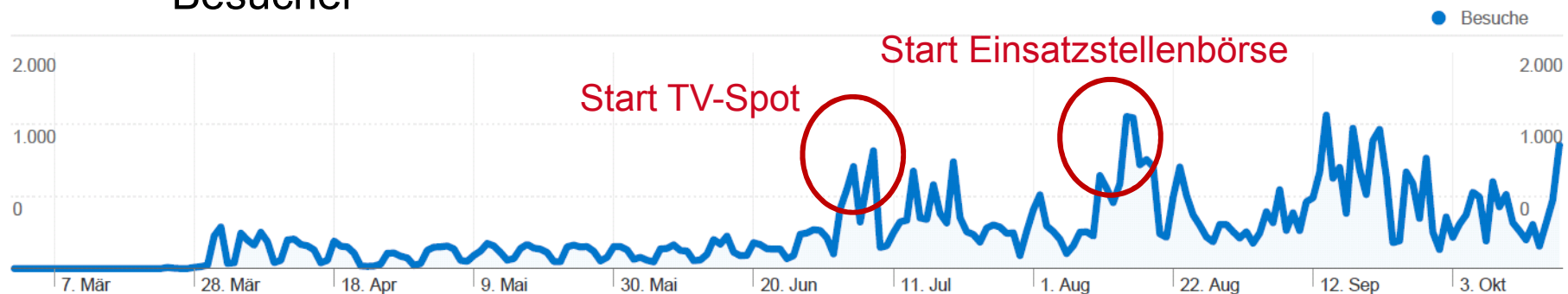
- Flyer, Postkarten, T-Shirts, Buttons
- Großflächenplakate (im Juni und Juli, insgesamt bundesweit 1.500 Flächen, je eine Dekade)
- Webseite
- Einsatzstellenbörse
- Facebook-Seite (zur Zeit 967 Fans)
- Anzeigen – Print und Online (u.a. in 12 bundesweiten Zeitschriften)
- TV-Spot (von Juli bis September bei den Sendern der RTL-Gruppe, VIVA, VOX, n-tv und weiteren kleineren Sendern)
- Radio-Spot (seit 18. August auf unterschiedlichen Sendern)



## Webseite und Einsatzstellenbörse

Webseite ([www.awo-freiwillich.de](http://www.awo-freiwillich.de)):

- Inhalte: Informationen zu FSJ und BFD, Einsatzmöglichkeiten, Übersichtskarte mit Kontaktdaten, Erfahrungsberichte von Freiwilligen, Einsatzstellenbörse, Interner Bereich
- Nutzung: bisher 77.000 Besuche insgesamt, davon 77% neue Besucher



Einsatzstellenbörse:

- Freiplatzsuche nach Einsatzfeldern, Region und speziellen Voraussetzungen wie Alter, Führerschein, Unterkunft
- Beliebteste Seite der Homepage – ca. ein Drittel aller Seitenaufrufe



**freiwilllich!**  
Freiwillig engagiert mit der AWO.

## Strategien der AWO zur Gewinnung junger Freiwilliger

- 2009: Die Geschäftsführerkonferenz beschließt die Unterstützung und Weiterentwicklung des Profilierungsprozesses des Freiwilligen Sozialen Jahres in der AWO
- nach Vorliegen des Gesetzesentwurfs für den BFD im Herbst 2010: Intensivierung des Profilierungsprozesses der AWO-Freiwilligendienste mit dem Ziel einer qualitativ gleichwertigen Ausgestaltung des FSJ und des BFD
- Dezember 2010: Geschäftsführerkonferenz beschließt Eckpunkte zur Umsetzung des BFD innerhalb der AWO und beauftragt den Bundesverband, ein Marketingkonzept zu entwickeln
- Schwerpunkt: Gewinnung junger Menschen
- Hintergrundthemen: Fachkräftemangel, Verbands- bzw. Mitgliederentwicklung und Kompensation des Zivildienstes



**freiwilllich!**  
Freiwillig engagiert mit der AWO.

## Qualitätsentwicklung und -sicherung der AWO Freiwilligendienste aus der Perspektive der AWO bundesweit

- Beteiligung aller 16 regionalen Träger
- AWO-Gremienstruktur
  - Geschäftsführerkonferenzen
  - AK Engagementförderung
  - Unter-AK Freiwilligendienste
  - Fachtagungen
- Diskussion und Klärung fachlich-konzeptioneller und organisatorischer Fragen
- Verabschiedung und Umsetzung gemeinsamer Positionen



**freiwilllich!**  
Freiwillig engagiert mit der AWO.

## Qualitätsentwicklung und -sicherung der AWO Freiwilligendienste aus der Perspektive der jungen Menschen I

- Einbeziehung der Interessen, Fähigkeiten und Kompetenzen der jungen Menschen (Erfolgserlebnisse unterstützen)
- Kontinuierliche individuelle Begleitung und Anbieten der Reflektion der Erfahrungen (Motivation erhalten)
- Lebensweltorientierung (Woher komme ich, wie leben andere?)
- Vorbereiten auf schwierigere Situationen im Einsatz und Begleitung bei der Bewältigung dieser Situationen (mit Schwierigkeiten fertig werden)
- Soziale Kompetenzen fördern



**freiwilllich!**  
Freiwillig engagiert mit der AWO.

## Qualitätsentwicklung und -sicherung der AWO Freiwilligendienste aus der Perspektive der jungen Menschen II

- Ausgestaltung des freiwilligen Einsatzes als Bildungs- und Orientierungsangebot (Fragen und infrage stellen)
- Umfassender Anspruch an die Bildung als Persönlichkeitsbildung – nicht nur bezogen auf den praktischen Einsatz (pers. Entwicklung fördern)
- Partizipativer Ansatz durch die Möglichkeit der Mitgestaltung (Mitgestaltung eröffnen)
- Sozialpolitisches Knowhow erwerben und grundsätzliche Bereitschaft fördern, sich zu engagieren



**freiwilllich!**  
Freiwillig engagiert mit der AWO.

**Vielen Dank für Ihre  
Aufmerksamkeit!**

**Brigitte.Doecker@awo.org**